

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkthätigen Volkes.

Abooumentspreis pro Monat inl. Bringerlohn 60 Pf., bei Selbstabholung 50 Pf.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inl. Bringerlohn 75 Pf., bei Selbstabholung 60 Pf. — Durch die Post bezogen (Postleitzahl Nr. 4841) vierteljährlich 1.80 M., für 2 Monate 1.20 M., für 1 Monat 60 Pf. egl. Bestellgeld.

Chefredaktion:
Dr. Bruno Schenck.

Inserate werden die gesetzte Zeit oder deren Raum mit 20 Pf. berechnet. Vereinsanzeigen 15 Pf. — Schwieriger Sach nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Inserate müssen bis spätestens 9 Uhr früh in der Expedition aufgegeben sein. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Mittelstraße 6. Geschäftszelt 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. — Redaktion: Mittelstraße 6, part. Sprechstunde: 6—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. — Telefon: Amt I. Nr. 2721. Telegrammadresse: Volkszeitung Leipzig.

An unsere Leser.

Das Jahr, das jetzt zur Neige geht, war ein Kampfjahr. Das neue wird nicht minder harte Kämpfe bringen.

Der Reichstag wird darüber zu entscheiden haben, ob

die Buchthausvorlage

Gesetze werden soll, die die spärlichen Rechte des arbeitenden Volkes noch mehr schmälern will.

Es wird entschieden werden, ob dem

Militarismus

neue schwere Opfer gebracht und dem Volke neue schwere Lasten auferlegt werden sollen.

Neue Flottenpläne

gehen um, die Weltpolitiker treiben es immer toller. Grund genug für jeden, aufmerksam die

Reichstagsverhandlungen

zu verfolgen, über die die Leipziger Volkszeitung ausführlich berichtet.

Die Leipziger Volkszeitung wird auch im neuen Jahre bestrebt sein, ihre alte Stellung zu wahren. Sie wird im Kampf in der ersten Reihe stehen und ihren Leser an reichen Stoff zur Belehrung und Unterhaltung bieten.

Im neuen Jahre beginnen wir mit dem Abdruck einer größeren spannenden Novelle

Die große Mademoiselle

von

Sophus Sandorph.

Darin entwirft der herborragende dänische Dichter ein Sittenbild aus der Zeit Ludwigs XIV. Er führt den Leser an den Hof in Versailles und schildert mit gutem Humor das verlogene Treiben des höfischen Lebens.

Wir bitten unsere Leser, rechtzeitig das Abonnement auf die Leipziger Volkszeitung zu erneuern, damit in der Zustellung des Blattes keine Unterbrechung eintrete.

Redaktion und Verlag der Leipziger Volkszeitung.

Seuilleton.

10)

Wiederholung verboten.

Ein Emporkömmling.

Von Gustaf af Geijerstam.

Am Abend zündete er, trotzdem es Hochsommer war, die Lampe an und schrieb mit geraden, zierlichen Buchstaben an Sophie:

„Granberg, den 18. Juli.

In meine ehemalige Geliebte,
die tugendhafte Jungfrau Sophie Ohlsson
auf Nämödö.

Es sind wunderliche Dinge geschehen, jetzt, wo ich die Feder ergreife, um Dir zu schreiben und Dir Lebewohl zu sagen. Ich hätte es nicht geglaubt, und Du hättest es auch nicht geglaubt, als wir uns das letzte Mal trafen und in freier Liebe Hand in Hand im stillen Walde fassten. Dein Vater hat sich mir gegenüber nicht richtig ausgeführt. Wie ein echter Israelit, in dem kein Falsch ist, bin ich zu ihm gekommen, um die Übereilungen der Jugend wieder gut zu machen und in Bucht und Ehren Dich zu meinem treuen Ehegenoss fürs Leben zu erbitten. Aber mit Hieben und Schlägen und harter Worten hat er mich empfangen, und im Zorn hat er mich davon gefragt, denn er sah nicht an meinen guten Willen, sondern nur meine geringe Person, daß ich nichts anderes bin als ein armer Häuslerssohn, der sich sein Brot damit verdient, daß er an andere verkauft und sein Ansehen hat

unter den Menschenkindern. Jedoch will ich Dir berichten, daß sein Angriff mir nichts geschadet hat weder am Leben noch an den Gliedern, sondern daß ich — Gott sei Lob und Dank! — sowohl nach Hause gehen konnte, als auch nach Granberg hinüberzudern. Mein schwarzer Rock wurde freilich an dem einen Ärmel etwas beschädigt. Aber ich achte dieses für nichts und will keine Forderung auf Schadenersatz stellen. Denn ich bin ein ehrlicher Mann und will mir weder durch List noch durch Drohungen von den Ungerechten Vorteile erzwingen.

Einsam und allein werde ich nun mehr meine Strafe ziehen, und an Sophie darf ich nicht mehr denken in dieser Welt, die voll ist von Leid und Kummer für die, so redlich leben wollen. Dein Vater hat mich aus seinem Hause hinausgewiesen, und einsam sage ich jetzt in meiner Kammer und schreibe an Dich zum letztenmal. Denn niemals werde ich Dich wiedersehen, und wenn Du Dein eigenes Heim bekommen hast, dann wirst Du bald nicht mehr daran denken, daß Du einmal den armen Häuslerssohn Karl Johann Andersson geliebt hast oder, wie er sich jetzt nennt, Höglund. Unser Leben ist voller Mühe und Arbeit, aber ich verzage nicht, denn gleichwie der Herr auf wunderbare Weise dem Patriarchen Joseph geholfen hat, der zu großem Glück auf dieser Welt gelangte und ein Herr über ganz Ägyptenland wurde, trotzdem seine Brüder ihm Schlimmes zugesetzt hatten, also kann es vielleicht auch mit dem armen Karl Johann gehen, den Dein Vater mit Hieben und Schlägen aus seinem Hause vertrieben hat. Du aber sollst mich vergessen, wenn ich Dich auch niemals vergessen kann. Und sobald ich kann, werde ich von diesem Orte wegziehen. So lange aber meine alte Mutter lebt, will ich ihr nicht dieses Leid antun.

Und jetzt sag' ich Dir mit vielen Sensoren: Auf ewig lebe wohl! und zeichne als

Dein

Dich bis in den Tod liebender

Karl Johann Höglund."

Karl Johann machte sorgfältig den großen Schnörkel um seinen Namen. Als er dann aber den Brief zweimal durchgelesen hatte, fügte er folgendes Postskriptum hinzu:

„Ich will hoffen und glauben, daß die böse Absicht Deines Vaters nicht in Erfüllung gegangen ist, sondern daß Du noch lebst und gesund bist. D. O.“

Nachdem er diesen Brief versiegelt und die Adresse geschrieben hatte, ging er ins Bett und schlief den Schlaf des Gerechten.

* * *

Es vergingen indessen nicht viele Tage, bis Karl Johann bemerkte, daß auch andere als Pehr Ohlsson über sein Liebesverhältnis zu Sophie unterrichtet waren. Und noch schlimmer wurde es, als es in dem Kirchspiel bekannt wurde, daß die Tochter des Ohlsson sich mit einem Bauernsohn vom Festland verheiraten sollte. Ohlsson brachte eines Nachmittags die Sache zur Sprache, als er mit Karl Johann im Laden allein war.

„Haben Sie schon davon gehört, Höglund?“ fragte Ohlsson und grinste.

Karl Johann aber sah den Kaufmann nur an und schüttelte den Kopf. Er errötete auch nicht. Das that er überhaupt niemals.

„Ob sie wohl so viel mitbekommt, wie die Leute sagen?“ äußerte er.

Jönsson nickte zustimmend. In seinem Herzen abdachte er, daß einer, der es so verstand, gute Wiene zum

für diese Folgen ihrer staatsritterischen Thätigkeit. Allerdings werden sich die Herren nicht viel daran lehnen. Es ist ja das lebte Mal, daß sie den sozialdemokratischen Aussagen stand halten müssen. Mit Sich zu der nächsten Landtagsitzung scheiden die letzten sozialdemokratischen Abgeordneten aus dem Landtag, und dann können die Reaktionäre ungefähr ihrer staatsritterischen Thätigkeit im Landesparlament obliegen.

Die Heimsuchungen, denen die Arbeiterbewegung durch Polizei und Gerichte seit langem in unserem Sachsenlande ausgesetzt ist, hatten allgemein einen Grad erreicht, daß ein Mensch kaum noch möglich schien. Aber die Polizeipräzise und die Juristen sind schier unerschöpflich in der Auffindung neuer Gründe und neuer Auslegungen der Gesetze, um sie gegen die Arbeiterbewegung anzuwenden.

Was hat nicht der höchste sächsische Gerichtshof in der Anwendung des groben Unfug-Paragrafen geleistet? Was haben die Gerichte nicht alles zu stande gebracht auf dem Gebiete der sogenannten Streitvergehen! War es doch auch ein sächsisches Gericht, daß zum erstenmal einen streitenden Arbeiter wegen Expression nicht nur zu einer langen Gefängnisstrafe, sondern auch zu mehrjährigem Chorverlust verurteilte! Und die Polizeibehörden thun ein Übriges "in der Aufrechterhaltung der Ordnung". So konnte das Polizeiamt in Zwickau eine Streitkommission aussuchen, weil es den Streit für erloschen erachtete und den Mitgliedern der Kommission im Falle der Fortsetzung ihrer Thätigkeit selbst Haftstrafe androhte. Der Stadtrat von Pegau konnte eine Verfassungsverboten, weil in der Nachbarstadt Groitzsch gestreikt wurde. Wer kennt sie nicht, die vielen originellen Eingriffe der Behörden in das Recht der Arbeiter, die Sachsen zu seinem Ruhme verholfen haben?

Es würde zu weit führen, wollten wir hier auch nur eine ganz kurze Auslese der vielen Ausschreitungen und die Arbeiterbewegung einschränkenden Gerichtsurteile und Polizeimethoden vornehmen. Besonders erwähnt seien hier nur noch die Ausweisungen unserer Genossen Parbus und Marchlewsky aus Sachsen. Die Zahl dieserleinlichen Nadelstiche gegen die Arbeiterbewegung ist Legion, ihre Wirkung aber nichts weniger als die erwartete: sie schweift die Arbeiter nur um so fester zusammen und beweist, wie nutzlos all diese Maßnahmen sind, die übrigens keineswegs geeignet sind, das Ansehen unserer Behörden zu erhöhen.

Dieser nichts weniger als einsichtsvollen Politik der Regierung und der Behörden entsprach natürlich auch die übrige Politik der Regierung und der Parteien. Während der Landtag nichts überig hatte für die staatlichen Arbeiter, während er alle Anträge unserer Genossen, die auf die Verbesserung der Lage der Arbeiter gerichtet waren, ablehnte, bewilligte derselbe Landtag aus dem Domänenfonds, dem die Überhöhung aus den Domänen zuließen, für die die Civilistische Erfasung sein soll, eine Jubiläumsgabe von drei Millionen Mark. Wie im Laufe des sozialdemokratischen Gefahr durch Verkümmern des Wahlrechts vorgebaut worden ist, so hat auch in den Städten und Gemeinden das Gemeindewahlrecht vielfach Angriffe erfahren. Nachdem in den letzten Jahren hier und da das Dreiklassenwahlrecht eingeführt worden war, ist man in Chemnitz auf ein Wahlrecht verfallen, das die Bürger in mittelalterlicher Weise nach Verhüttungen gliedert. Und dieses Monstrum von einem Kommunalwahlrecht hat auch soeben die ministerielle Bestätigung erfahren. In einer großen Anzahl von Gemeinden ist auch wieder die drückende und ungerechte aller Steuern, die Umsatzsteuer, eingeführt worden, die sich nach den ministeriellen Directiven nicht nur gegen die Konsumvereine, sondern gegen alle Großbetriebe im Detailhandel richtet soll, in der Praxis aber fast nur die Konsumvereine trifft. Die Anhänger der Umsatzsteuer oder wie man sie sonst heißt, sind dieselben Leute, die gegen die Vermögenssteuer opponieren, weil sie das Vermögen konservieren.

So hat sich überall in unserem Lande, wo infolge der industriellen Entwicklung die Klassengesellschaften am schärfsten ausgeprägt sind, auch der Klassencharakter klar und klar offenbart, in der Gesetzgebung wie in der Verwaltung, in der Rechtsprechung und Handhabung des Unrechts durch die Polizei etc. Die Antwort auf eine alte Scherfrage nach dem sächsischen Nationalbaum bezeichnet als solchen den Kirschbaum, weil seine Blätter grün und seine Blüten weiß, seine Früchte aber rot sind. Innerhalb der grün-weißen Reaktionspolitik müssen die Freiheit notwendig rot sein. Das hat sich wie bisher so namentlich in dem abgelaufenen Jahre wieder gezeigt: Die Sozialdemokratie ist unter dem fortgesetzten Druck von allen Seiten ein tüchtiges Stück vorgeschnitten. Dass dies auch in Zukunft der Fall sein wird, dafür bürigen nicht nur unsere Gegner, sondern namentlich auch der Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung.

Werfen wir zum Schlusse noch einen Blick auf die wirtschaftliche Spiel zu machen, noch eine Zukunft vor sich haben müsse.

Und Karl Johann verriet sich vor keinem Menschen. Er arbeitete fleißig und behielt seine Gedanken für sich, war im Laden höflich und stinkt und ließ sich gegen niemand etwas zu schulden kommen. In seinem Herzen aber fehlten Pläne, wie wohl auch aus abgehauenen Epenstücken immer und immer wieder kleine Schätzlinge empor treiben. Je mehr man abhaut, um so frischer, kräftiger und schneller schleichen sie wieder empor, aufrecht, grün, mit demütig zitternden Blättern.

* * *

Da geschah es eines Tages, daß eine alte Frau in den Laden kam und Karl Johann fragte, ob er wisse, daß es mit der Mutter auf der Noggeninsel schlecht stehe. Karl Johann dankte für die Nachricht, ging sofort zu Büssow und bat um die Erlaubnis, hinüberfahren und seine alte, schwerkrankte Mutter besuchen zu dürfen.

Se mehr er angefangen hatte, ihr seine Zukunft Pläne zu machen und je mehr er eingesehen hatte, daß, wenn ihm jemand helfen sollte, er das selber thun müßte, um so mehr hatte er sich in seinen Gedanken damit beschäftigt, wie viel wohl seine Mutter zusammengezerrt und in den Strümpfen gesammelt haben könnte, die sie in der Wand verbarg.

Daran hatte er gedacht, als er an Sophie schrieb, daß er den Ort nicht verlassen könne, so lange seine Mutter lebte. Dieses Geld hatte in der letzten Zeit in seinen Plänen immer die Rolle des Retters gespielt, wenn er an die Zukunft dachte. Dieses Geld, das ihm verschaffen sollte, was ihm vielseitige Arbeit nicht verschaffen konnte: die Unabhängigkeit.

(Schluß folgt.)

so muß festgestellt werden, daß im allgemeinen eine günstige Konjunktur den Arbeitern Beschäftigung und Brot verleiht. Nur in der Textilindustrie gab es schlechte Zeiten. Zu den Einbußen, die hier die Arbeiter durch Produktionsbeschränkungen erlitten, gesellten sich noch empfindliche Lohnreduktionen, vielfach hatten die Arbeiter aber überhaupt keine Beschäftigung und mußten seilen. Leider besteht nicht viel Aussicht, daß sich die Verhältnisse in der Textilindustrie künftig verbessern werden. Aber auch in anderen Industrien kündigt sich nach einigen Jahren wirtschaftlichen Aufschwungs bereits die Krise an, unter der namentlich Sachsen mit seiner starken Industrie zu leiden haben würde. Wir können deshalb nur wünschen, daß sich die in wirtschaftlicher Beziehung gehaltenen Befürchtungen nicht erfüllen und unsere Arbeiter auch im nächsten Jahre vor schwereren Schlägen bewahrt bleiben möchten.

Politische Übersicht.

Der Fall Delbrück.

Die geplante Maßregelung Delbrück's zieht auch die Universität als solche in Mitleidenschaft.

Wird die Universität ruhig zusehen, daß Delbrück diszipliniert wird, weil er von dem verfassungsmäßig jedem Preußen zustehenden Rechte Gebrauch gemacht hat, seine Meinung frei zu sagen? Wir haben von Anfang an ernsthafte Zweifel darüber gehabt, daß die Professorenchaft sich auch nur zu einem ernsthaften Widerstreit gegen den neuen Anschlag der Reaktion aufstellen wird. Wie dem deutschen Bürgertum, so ist auch der Hochschule die Energie längst geschwunden, sie ist "staatserhaltend" bis zum Byzantinismus, sie fügt sich jeder Regelung.

Bis heute röhrt sich von der amtlichen Universitätsvertretung niemand. Ein Berliner außerordentlicher Professor aber, Dr. Kurt Breysig, schreibt im letzten Heft der Zukunft über die Freiheit politischer Auseinandersetzungen und die Universitäten.

Da liegt man:

Die Atmosphäre politisch erregter Zeiten macht eben nicht halt, vor der Toga des Richters, sondern bringt ihm ebenso in Kopf und Herz wie anderen Staatsbürgern. Und wenn ein so hochstehendes Richtertum wie das unsrige auch Tag für Tag ehrlich darum kämpft, sich gegen diesen gefährlichen Feind der Gerechtigkeit, gegen das innere, meist gar unbewußte Vorurteil zu wehren, so hat man leider, leider doch den Einbruck, als sei der Wille zu diesem Kampf nicht mehr so stark wie wohl früher.

In dem Disciplinarverfahren, das gegen Delbrück eingeschlagen wäre, sei die höchste politische Behörde des Staates, die obere Instanz dieses Prozeßweges, zugleich Kläger, Partei und Richter. Alles sieht auf eine politische Aktion hinaus. Breysig erörtert nun die politischen Gefahren dieses Vorgehens für die Universitäten und erklärt, "daß man es jetzt in Preußen mit der Freiheit der Wissenschaft nicht mehr so ernst nimmt, wie es bisher gute Tradition nach geschah". Über die gute preußische Tradition zählt eine Reihe brütaler Maßregelungen der Universitätslehrer auf, die sich in Gegenjahr zu der Regierung gestellt hatten. Wenn die preußische Tradition die Interessen der Herrschenden durch die "wissenschaftliche oder politische Freiheit" der Professoren bedroht glaubt, ist sie stets mit dem Polizeistock dazwischengefahren.

Junge man einmal an, sagt Breysig, die Schriftsteller der Universitätslehrer zu kontrollieren, so liege die Gefahr sehr nahe, daß man nicht bei publizistischen Erzeugnissen stehen bleibt werde. Deshalb also werden die Universitäten gut thun, wenn sie schon heute überlegen, wie sie ihre Unabhängigkeit wahren.

Aber auch wenn nur die publizistische Thätigkeit der Universitätslehrer beansprucht würde, müßte man entschieden Front machen. Dadurch würde "etwa die Hälfte aller zu politischem Urteil befähigten Richter, Gemeindebeamte, Lehrer, Professoren" unmittelbar gemacht.

Wer die politische Entwicklung unseres Landes in den letzten Jahren aufmerksam verfolgt habe, wundere sich nicht über diesen neuen Vorstoß zur Schmälerung staatsbürgischer Rechte. Es ist mir ein neues Symptom einer politischen Tendenz, die sich geräumt seit sichtbar macht, des Strebens, die Übermacht des Staates dem einzelnen und seinen Rechten gegenüber immer weiter anzutun. Der Historiker, der die Zeiten des blühenden Absolutismus kennt, frage sich erstaunt, worin denn die Vorzüglichkeit unseres Konstitutionalismus vor jenen Zeiten bestanden.

So merkwürdig es Klingt: die Monarchie hat, so lange sie sehr stark war, und da, wo sie gefund war, wie in Preußen, in vielen Stücken auf die Gelster der Menschen nicht einen so starken Druck ausgeübt wie heute, da sie von konstitutionellen Schranken umgeben ist. Es ist doch wahrscheinlich kein Zufall, daß der Jammer unserer Majestätsbeleidigungssprozesse, der immer stärker anschwillt und nachgerade den Sorn jedes selbstbewußten Deutschen herausfordert sollte, in der ganzen langen Zeit, in der Brandenburg und Preußen wirklich absolutistisch regiert worden ist, d. h. vom Großen Kurfürsten bis zu Friedrich Wilhelm dem Dritten, nicht selnegleichen hat. Und man bilde sich nicht etwa ein, diese Periode sei von Anfang bis zu Ende so beherrscht von monarchischen Gedanken und so autoritätsgläubig gewesen, daß es eines Schutzes der Majestät nicht bedurst hätte, daß sie überhaupt nicht beleidigt worden sei... Wie soll die Historie, die die heutigen mit damaligen Zuständen vergleicht, anders urteilen, als daß die formelle Macht der Krone in unseren Tagen zwar eingemahnen — wenn auch sehr viel weniger, als der Buchstabe unserer Verfassung es vermuten läßt — beschränkt ist, daß der Geist der Unterhändigkeit, einer servilen, sich selbst entmündigenden Unterhängigkeit aber zugemommen hat? Niemals aber hat die Geschichte eines Volkes solchen Verlust an Manhaftigkeit und Selbstbewußtsein des einzelnen verzeichnet, ohne daß ihm daraus nicht nur für den Augenblick, sondern auch für eine spätere Zukunft ernstlicher Schaden erwachsen wäre.

Freilich wäre es auch die Sache des Richtertums, hier Wandel zu schaffen. Aber solcher politische Ehrgeiz ist ihm, so scheint es, gänzlich abhanden gekommen und ein ganz anderer hat sich seiner bemächtigt. Wir sehen eben staunend zu, wie der hohe französische Richterstand sich ansicht, gegenüber dem Geheul der Gasse und dem stäarken Druck einer clerikalischen und prätorianischen Nebenregierung unbeteckt das Recht in einem schrecklich verworrenen Ball zu finden...

Wann werden die Zeiten wieder kommen, in denen ein preußischer Richter oder Staatsanwalt es magt, dem Herrscher in einem politischen Prozeß, der noch dazu auf ein ganz persönliches Entgegnen des Monarchen zurückgeht, so (wie der Justizabweser Duhran Friedrich II. von Preußen) gegenübergetreten? Unsere höchsten Gerichte sind keiner bemüht, die Judikatur des Großen Unfugs mit immer neuen Spezialitäten auszustatten und diesen auf Studentenstreiche und ähnliche harmlose Thorheiten gemünzen Paragraph als ein Strafgebot gegen politische und sozialpolitische Vergehen zu interpretieren.

Die "Machilosigkeit des Parlaments" klagt dann der Sozialaristokrat und Bismarckverehrer Breysig. "Das allgemeine Wahlrecht mag in den heutigen Stadien der sozialen

und geistigen Entwicklung unseres Volles lausend haben, — es ist trotzdem eine politische Notwendigkeit, aber wie jammerliche Resultate bringt es hervor: ein Parlament, das nicht wagt, Parlament zu sein, das jedem Widerstand weicht und neben unsrein starken Beamten eine geradezu beschämend einflusslose Rolle spielt! Nordamerika pflegt man heute, wenn man die absolutistisch regierten Staaten Europas aufzählt, in aller Harmlosigkeit Russland, Deutschland und die Türkei zu nennen. Ich mag eine Überkreuzung sein, aber es trifft die Wahrheit besser, als wenn man Deutschland unter die überwiegend konstitutionell regierten Staaten rechnen wollte."

Wer kann den bürgerlichen Parlamentarismus, in seiner geschlossenen Mehrheit die Parlamentsrechte preisgibt, schmiedungsloser geizeln, als dieser bürgerliche Gelehrte, der, um seine engeren Berufsinteressen, die der Hochschullehrer, zu verteidigen, zugleich den kapitalistischen Polizeistaat öffentlich brandmarkt!

Breysig appelliert zum Schluß an die Universität. "Wer jedoch, wie der Schreiber dieser Zeilen, nicht hoch genug in der akademischen Hierarchie steht, um auf die Beschlüsse der Fakultäten einzutreten, muß auf diesem Wege versuchen, gehört zu werden. Er tut es niemandem zu Liebe oder zu Leide, er steht zu dem durch das Vorgehen der Regierung Betroffenen in keinerlei näherer Beziehung und ist auch kein übergangener Großdeutsch. Er ist nur der Meinung, daß in diesem Falle nötig war, das Solidaritätsgefühl zu erhalten, ohne daß ein Stand sich zu behaupten vermöge. Es könnte sonst noch dahin kommen, daß man auch uns akademischen Lehrern, wie den Postbeamten, vorschreibt, welche Zeitungen wir lesen dürfen und welche nicht. So viel ich weiß, hat ein besonders 'patriotischer' Mann diesen Vorschlag schon für alle Beamten, also auch für uns, gemacht."

Wird sein Appell fruchtlos? Es hieße die Thakraft der im Name des heutigen Regimes stehenden Universitäten überschlagen, wenn man auf energische Gegenaktion, die gewiß als erfreulich zu begrüßen wäre, ernstlich rechnete.

Man hege keine trügerischen Hoffnungen, die offizielle Universitätswissenschaft hat sich in eine abhängige Organisation der Kapitalistenklasse, in eine Dienerin des heutigen Regimes umgebildet.

Die italienische Amnestiekomödie.

Die halbmäßige Aktion Stefani in Rom meldet: "Der König hat heute den 'Gnadenerlaß' unterzeichnet, der sich auf alle Personen erstreckt, die wegen der Ruhestörungen im Mai d. J. von Militär- oder Civilgerichten verurteilt wurden sind, sofern die über sie verhängte Strafe nicht mehr als zwei Jahre Gefängnis beträgt. Ferner wird bei den Personen, die zu einer höheren Freiheitsstrafe verurteilt sind, diese um zwei Jahre herabgesetzt. Für Frauen und mehr als 70 Jahre alte Greise sowie für Minderjährige unter 18 Jahren tritt entweder Straferlass oder Herabminderung der Strafe auf drei Jahre ein. Einige Kategorien rücksäßiger Verbrecher und anderer Personen sind von dem Gnadenerlaß ausgeschlossen. Man schätzt, daß ungefähr 700 von Militärgerichten Verurteilte und 2000 von Civilgerichten Verurteilte von dem Gnadenerlaß betroffen werden."

Wir haben diesen infamen "Gnadenschwindel" gestern, so wie er es verdient, gebrandmarkt. Den Verurteilten, die über zwei Jahre davongetragen haben, wird glücklich ein Ablass von zwei Jahren gewährt. Gerade aber hervorragende Führer der Opposition, Ehrenmänner und Duldler wie Turati und Andreis sind zu erschreckend hohen Strafen, zu 12 Jahren Buchhaus verurteilt worden.

König Umberto, der Ausgekämpfte der Panamino-Bande, die in Italien regiert, ist so "gnädig", die Freiheitskämpfer, die Wortschäfer der sozialen Reform und der politischen Freiheit, statt zwölf, "nur" zehn Jahre unschuldig im Buchhaus spazieren zu lassen.

Eine "Amnestie", die so offen ihren schäbigen Klassenkampf enthüllt, ist nur eine andere Form der Vendetta, der Blutschande des Ausbeuterklings an den Vertretern des Proletariats, der kämpfenden Arbeiterklasse. Sie ist ein blutiger Hohn an einer Amnestie.

So quittiert das amüsierte Italien über die blutigen Greuel die in sein Schuldbuch mit flammanden Schriftzeichen eingezzeichnet sind, es häuft zu den Gemeinheiten der Ausnahme- und Schergenwirtschaft jener Tage noch den freudigen Spott, die brutale Herausforderung dieses lädierten "Gnadenerlasses".

Aber sie treiben's toll;
Ihöflich, es breche.
Nicht jeden Wochenstrahl
Macht Gott die Seele.

Deutsches Reich.

Über die Palästinafahrt

hat der Oberhofmeister der Kaiserin, Frhr. v. Mirbach, am Mittwoch in Potsdam einen Vortrag gehalten, in dem er sich nach einem Bericht des Klein-Journ. auch über den Anschlag in Pirolo äußerte, von dem die Teilnehmer der Fahrt erst im adriatischen Meer Kunde erhalten haben. Frhr. v. Mirbach erklärte: "Mit den ersten Depeschen, die die Hela von einer griechischen Insel abholte, erhielten wir die Kunde von der Festnahme einer Anarchistenbande in Port Said, welche sich nach Palästina halle einschiffen wollten. Die Nachricht machte einen tiefen Eindruck, wenig wurde darüber gesprochen." Frhr. v. Mirbach hatte schon vorher in seinem Vortrag darüber geplaudert, daß ein Teil der einheimischen Presse — wie er sagte — "dem Zeitgeist huldigend, selbst nichts zu leisten, aber alles absäfft und unfreundlich zu kritisieren" — die Palästinafahrt vor ihrem Beginn in unfreundlicher Weise besprochen habe, "namentlich aus vermeintlichen religiösen Motiven". Graf Mirbach sagte über diese Zeit der Vorbereitung zur Palästinafahrt:

Wir alle standen unter dem Eindruck der Schreckenshat in Genf. Selbst für diese grausliche That fanden sich zu unser aller tiefern Schmerz noch Kreise, die sie entschuldigten. (?) Vieles Orte regten sich die teuflischen Umstürzelemente. Anonyme anarchistische Drohbriefe kamen in großer Zahl an den Hof. Auch fehlte es nicht an dringenden Machtbriefen, welche wegen der im Orient geplanten Attentate von der Seite abrieten. Man stellte fest, daß gefährliche Anarchisten nach dem Orient abgereist waren.

Über das Ergebnis der Untersuchung gegen die in Alexandria verhafteten Anarchisten ist es seit Wochen ganz still geworden. Auch Frhr. v. Mirbach machte in seinem Vortrag am Mittwoch darüber keinerlei Andeutungen.

Über die Einfahrt in Konstantinopel erzählte Frhr. v. Mirbach: "Einjam und allein fuhr die Hohenzollern in stolzer

amer Fahrt in die Nähe des Marmorspaltes des Sultans. ganz anders war diese Fahrt, als die vor neun Jahren! als schaukelnden Tandende von Fahrzeugen um uns herum eute war alles still und leer. Mit eiserner Streng gelehnt hinten die Absverrungsselten gezogen, wenige Schiffe, u. a. auch die für den Empfang zurückliegende Bohemia, durften sich in angemessener Entfernung aufzuhalten und sandten uns ihr begeisterstes Willkommen. den Ausfahrt in die Stadt sahen wir durchaus nicht dem für Konstantinopel sprachwörtlich gewordenen Schnau, Kranken, Elenden, den schrecklichen Hunden &c. Alle Straßen waren neu gepflastert, alle Häuser neu angestrichen, von oben unten gesäubert und alles ferngehalten, was das Auge des Kaisers und der Kaiserin irgendwie hätte beleidigen können. Es war ein Absperrungssystem, wie man es sich praktischer und sicher nicht denken kann. Wir erfuhren, daß seit Wochen ganze Stadt durchsucht worden, und daß jeder, der nicht ausweisen konnte, in das Innere Kleinstadt verschickt worden war. Auch wurden Hunderte von Menschen während unserer Anwesenheit in den Stuben der Gefängnisse gut versorgt.

Wie interessant, wie interessant,
Was doch im deutschen Vaterland.

Schuh vor Schuhleuten.

r. Dresden, 29. Dezember. Der bis zu seiner Verhaftung in der Gemeinde Wickeln, vorher in Trachen als Schuhmann angestellte Louis Wilh. Kluge wurde heute vom hiesigen Landgericht wegen schweren Haussiedensbruchs, Widerstands, trocken Unfugs, Beleidigung und Sachbeschädigung zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. Er ist wegen verschiedener Vorwürfe von seinem Posten in Trachen gegangen, hauptsächlich weil er mit dem dortigen Gemeindevorstand auf geschwonneinem Fuße lebte. Als Schuhmann von Wickeln ging nun er während seiner dienstfreien Zeit oft nach Trachen, um seinem offenen gegen die Trachauer gerichteten Groll die Blügel schießen zu lassen. Er beschimpfte und beleidigte die dortigen Schuhleute und den Gemeindevorstand, sowie andere Personen in der gemeinsten Weise. In einem Restaurant kam es eines Nachts wegen er zum offenen Skandal, bei dem dieser die Hauptrolle spielte und schließlich gefesselt ins Arresthaus gestellt werden mußte.

* **Berlin, 30. Dezember.** Die Vorlage wegen Erneuerung des Privilegiums der Reichsbank ist im Reichsamt des Innern nahezu fertiggestellt. Sie soll dem Bundesrat bald nach Neujahr zugestellt werden. Offiziös wird darüber berichtet: Die Vorlage soll wesentlich abweichende Bestimmungen gegenüber dem bisherigen Rechtszustande haben, der bis zum 1. Januar 1901 läuft. Von einer Verstaatlichung der Reichsbank hat die Regierung Abstand genommen, und man hält die dagegen sprechenden Gründe für so stichhaltig, daß auch die große Mehrheit des Reichstages für die Beibehaltung der bisherigen Form, die bekanntlich dem Reichskanzler einen weitgebenden Einfluß auf die Bankpolitik sichert, eintreten dürfte. Gleichwohl dürften über die Einzelheiten der Neugestaltung die Ansichten erheblich auseinandergehen und noch manche bewegte Verhandlungen im Reichstage veranlassen, namentlich bezüglich der Erweiterung des Notenprivilegs der Reichsbank, der Erhöhung ihres jetzt 180 Millionen betragenden Grundkapitals und der Erhöhung des Gewinnanteiles für das Reich an dem Extrage der Bank. Schon jetzt sind dem Bundesrat wie dem Reichstage verschiedene hierauf gerichtete Eingaben von hervorgehenden Handelsstellen aus zugegangen, und es ist vorauszusehen, daß sich deren Zahl noch beträchtlich vermehren wird, wenn erst der neue Entwurf der weiteren Öffentlichkeit unterbreitet sein wird.

Zur Einführung des Postcheck- und Giroverkehrs erzählte der Konsistorialär, daß die bayerische und württembergische Postverwaltung mit der Verwaltung der deutschen Reichspost in Verbindung getreten sind, um die für Preußen und die anderen Bundesstaaten geplante neue Einrichtung auf Bayern und Württemberg auszudehnen. Als Giroämter würden die Postanstalten München, Nürnberg und Stuttgart in Betracht gezogen werden.

Bürgerliche Blätter melden von Weihnachtsfesten des Kaisers: "Am Freitag nachmittag bereitete der Kaiser den Mannschaften der 7. Compagnie des 1. Garde-Regiments z. F. eine eigenartige Weihnachtsfeier. Die Compagnie exerzierte gerade im Lustgarten, als der Kaiser erschien, um die Mannschaften zum Wettkämpfen antreten zu lassen. Je zehn Männer mussten aus vom Portal an der Breitenstraße aus auf ein bestimmtes Kommando laufen. Am Brüderportal überreichte Isidor der Kaiser dem jeweiligen ersten ein blaues Handtuchstück. Dann mussten sämtliche Mannschaften die Seitenwaffen zur Erde legen. Der Kaiser kommandierte: „Aufheben!“ und überreichte stets demjenigen, der das Kommando am schnellsten ausführte, ein Geldstück. Das größte Vergnügen bereitete es ihm aber, als er verschiedene Münzen unter die Soldaten warf und sie nun nach dem Gelde hoscchen ließ, wobei sie oft einen wirren Knäuel bildeten. Hieran fand der Kaiser so vielen Spaß, daß er auch eine Anzahl Potsdamer Jungen herbeizießt, um mit ihnen dasselbe Experiment zu machen."

Der Kaiser hat durch den Feldprobst der Armee ein Predigtbuch für die Kriegsschiffe der Marine herreichten lassen. Nach diesem Buche soll auf den Kriegsschiffen, die keinen Geistlichen an Bord haben, von dem damit betrauten Offizier die Andacht nach der Gottesdienst-Ordnung abgehalten werden. Gleichzeitig ist der Wunsch ausgedrückt worden, daß auch auf den Schiffen der Handelsmarine bei der Abhaltung des Gottesdienstes für die Mannschaften und Passagiere von dem Kommandanten bzw. dem die Sonntagsandacht leitenden Offizier dieses Buch in Gebrauch genommen wird. Hiermit wird demnächst auf den überseeischen Handelsdampfschiffen Hamburgs, deren Großhändler beim Hafenarbeiteraufstande ihre brutale Gesinnung so glänzend offenbart, der Ausang gemacht werden. Höhere Heuer, bessere Rost und sauberer Volkslogist sind den Seejägern sicherlich nötiger als Predigtbücher. Man weiß, daß der Kaiser auf seinen Hohenzollernfahrten auf Schiffdeck und Achtdienst verantworlt und selbst predigt.

Da die agrarische „Interpellation“ Wangenheim im Reichstage auch die Sitzung vom 11. Januar in Aufzug nehmen dürfte, so wird der auf diesen Tag fallende Schwerinstag zur Beratung der Initiativvorschläge verschoben werden müssen. Am 12. Januar soll dann die erste Beratung der Militärvorlage beginnen.

In der gestrigen Sitzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung stand wieder eine Schulfrage auf der Tagesordnung. Diesmal handelte es sich um die Zurückweisung einzelner Abfaller Schülerinnen durch die Vorsteherinnen.

Privattöchterschulen im Westen Berlins. In dem Ausschuß ist die Handlungswise derjenigen Privat-Schulvorsteherinnen, die aus konfessionellen Münden jüdische Schülerinnen zurückweisen, scharf gemobilitiert worden. Stadtv. Singer bezeichnete es als ein Glück, daß die Vertretung solcher mittelalterlichen Anschaunungen in dieser Versammlung nur noch von einem einzigen Mitgliede, dem Antisemiten, ausgeübt werden könne.

Der Antrag des Ausschusses lautete, den Magistrat aufzufordern, die geltende Rechtsordnung, die durch das gerügte Verhalten der Schulvorsteherinnen verletzt ist, bei den Aussichtsbehörden mit allem Nachdruck zur Geltung zu bringen und neue Privatschulen nur unter der Bedingung, daß die Konfession der Schüler kein Hindernis für die Aufnahme bilden dürfe, zu konzessionieren. Schließlich soll der Magistrat ersucht werden, entweder mit den Schulvorsteherinnen, die keine solche konfessionelle Scheidegrenze errichten, wegen Erweiterung ihrer Schulen in Verbindung zu treten, oder aber eine zweite höhere Mädchen-Schule ohne Unterstufe zu errichten, so daß die Schülerinnen, die in ihr Aufnahme finden, die Unterstufe anderweitig durchgemacht haben müssten.

Der Ausschussvorschlag wurde angenommen.

Eine „Kraftprobe“ soll die Delbrückssache sein, so meldet ein obskures Hamburger Sensationsblatt, „um nichts weniger als den Versuch der Vertreter eines Systems, das sich gewisser Kunstüberzeugungen Sr. Majestät erfreut oder doch sich der königlichen Protection im Falle eines offenen Konfliktes sehr sicher glaubt, der bisherigen Situation ein Ende zu machen. Man weiß hier zu gut, welcher hohen Verehrung sich der Reichskanzler persönlich beim Kaiser erfreut, um die Chancen für absolut günstig halten zu dürfen, die einer Politik scharfer Reaktion unter Berücksichtigung auf die liberal-konservativen Elemente wünschen könnten, wenn man nicht die bestimmtesten Beweise dafür zu haben glaubte, daß durch gewisse Vorkommissen der letzten Zeit — das Bündnis an Bayern in der Militärstrafprozeßfrage, den Fall Lippe, die Haltung Hohenlohes beim Gesetzentwurf zum Schutz Arbeitswilliger — die sachlichen Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Kaiser und Könige einerseits — dem Reichskanzler, beziehungsweise Ministerpräsidenten andererseits sich verlieren hätten. Man braucht eine illatante Gelegenheit, um den Zwiespalt akut werden zu lassen, der nur mit dem Rücktritt Hohenlohes enden kann. In der Person des Oberpräsidenten von Köller fand man den geeigneten Draufgänger, der es darauf ankommen ließ, va banque zu spielen. Entweder glänzender Sieg — Rücktritt Hohenlohes, Verabschiedung Miquels zur leitenden Stelle, wenn nicht offiziell als Reichskanzler, so doch unter Vorbehaltung eines Deputanten bei Akzeptierung des Miquelschen Grundsätze und Gründung eines Wechsels auf die Zukunft zu Gunsten der Herren Putzamer, Gedächtniskanzler und Köller, — oder aber einstweiliger Fehlschlag unter vorläufiger Desavouierung des Herren von Köller, jedoch mit gleichzeitiger Verstimmung Hohenlohes, dessen Rücktritt dann nicht unmittelbar, aber doch nach einer kurzen Amtspause erfolgen würde.“

Gestern kommt nun die Nordb. Allg. Blg. mit einer Erklärung. Alle Nachrichten über „scharfe politische Gegenseitigkeit“ zwischen dem Reichskanzler und Herrn v. Miquel sowie anderen Mitgliedern des Staatsministeriums werden in der Nordb. Allg. Blg. an der Spitze des Blattes dementiert. An allen diesen Behauptungen sei „natürlich kein wahres Wort“. Ein Parlamentsberichterstatter will noch auf Grund von Erkundigungen in maßgebenden Kreisen verbürgen können: „Die Stellung des Reichskanzlers ist durch und durch gesetzigt, so daß ein Rücktritt absolut ausgeschlossen ist.“

Das aus dem Leibnitz-Althow-Prozeß wohlbekannte Matsch- und Männespiel ist wieder einmal im Gange.

Die Helvetia hat einer kaiserlichen Oberpostdirektion. Die Oberpostdirektion in Potsdam hat im September d. J. einem Haushalter in Alttruppin, auf dessen Grundstück das Postamt mietheweise untergebracht ist, mit Kündigung gedroht, weil er das zweite Geschäft des Vorderhauses, in dem das Postamt sich befindet, an Arbeitersfamilien vermietet hatte. Es heißt in dem Schreiben, daß der Vorwurf veröffenlicht:

Dieser Zustand muss für die Postverwaltung als unerwünscht bezeichnet werden und ist mit den Interessen des Betriebes um so weniger vereinbar, als der im Vorderhause wohnende Arbeiter sogar Schafzurschen in Asternicke aufnimmt.

Zur Vermeidung der hieraus für den Postbetrieb sich ergebenden Unzuträglichkeiten werden Sie ergreifend ersucht, die Wohnung des Vorderhauses dem jetzigen Mieter so bald als thunlich zu kündigen und in Zukunft in dieselbe nur solche Personen aufzunehmen, gegen deren Erlaubung nach Ansicht des Postamtsvorstellers, erforderlichenfalls nach Entscheidung der Oberpostdirektion in Potsdam, Bedenken nicht geltend zu machen sind.

Einer zustimmenden Erklärung Ihrerseits in der Angelegenheit wird spätestens bis zum 28. d. Mts. entgegengesehen; zu diesem Zweck wollen Sie die anstehende Erklärung nach Vollziehung gefälligster hierher zurückgelangen lassen. Sollten Sie diesem Erklären nicht nachkommen, bezw. die gedachte Erklärung nicht abgeben, so erübrigt nur, den Vorsteher des kaiserlichen Postamts von hier aus zu veranlassen, den geltenden Mietvertrag zum 1. Oktober 1890 zu kündigen.

Gürtler. Der Postbehörde erscheint es also offenbar unter ihrer Würde, mit Arbeitern in demselben Gebäude zu hausen. In dem Schreiben wird es gar schon als bedenklich hervorgehoben, daß in den zu den Grundstücken gehörigen Hörsäumen Arbeiter wohnen. Deshalb läßt die Behörde — und es ist ihr in diesem Falle gelungen — Arbeiter aus ihrer Wohnung vertreiben — bei der herrschenden Wohnungssnot eine besondere harte Maßregel. Vielleicht findet es nächstens die Postbehörde auch unangemessen, daß Postämter in Straßen untergebracht werden, in denen Arbeiter wohnen, und verlegt ihre Büros in die Villenviertel. Dort wird es wohl sein genug sein.

Das königliche Protektorat der Kriegervereine ist als „Weihnachtsgeschenk“ gekommen. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung erläutert nun die von uns längst gelenkt gezeigte Wahlmehr-Linie der Vereine so:

„Ehemalige Krieger, denen die Treue zum „Klassentreib“ höher steht als der von ihnen ihrem Könige geleistete Treueid, gehören allerdings nicht in die Kriegervereine. Vielmehr müssen sie die letzteren von solchen Elementen mit rücksichtsloser Entschlossenheit befreien. Darum wird die im allerhöchsten Erlass ausgesprochene Auflösung auf ein immer kraftvoller Wachstum der Kriegervereine sich gleichwohl erfüllen. Denn die neue, umfassender und straffere Organisation des Kriegervereinswesens wird an werbender Kraft gewinnen und in immer höherem Maße sich zu einer Schutzwehr gegen die subversiven Strömungen gestalten, die mit wachsender Dreistigkeit die Fundamente der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung zu untergraben bestrebt sind.“

Die Heze und Gesinnungsrichterei, die von den Kriegervereinen nach den letzten Reichstagswahlen betrieben wurde, ist

so schreibt die Börsische Zeitung, noch in frischer Erinnerung. Wie wird das erst in Zukunft werden?

Das Finanzminister v. Miquel bei Vorlegung des Etats im Abgeordnetenhaus die Ausweisungen aus Nordschleswig behandelt werde, wie der Famulus des Herrn Miquel, Viktor Schweinburg, in den Berl. Pol. Nachr. behauptet hatte, wird in der Nordb. Allg. Blg. als eine „gänzlich unbegründete Vermutung“ bezeichnet.

Auch in einer zweiten Sache wird der Schweinburg in der Nordb. Allg. Blg. deskribiert, nämlich in Bezug auf seine Warnung vor dem Einbringen einer Interpellation über die Ausweisungen. In der Nordb. Allg. Blg. wird darauf hingewiesen, daß nichts der Regierung erwünscht sei werde, „als daß den Gegnern der Maßregeln zum Schutz des Deutschlands in der Nordmark gegen dänischen Übermut und dänischer Terrorismus ausgiebige Gelegenheit gegeben wird, die deutsche Politik der Regierung anzugreifen.“ Die Staatsregierung werde gern die Gelegenheit ergreifen, alle nötigen Ausklärungen zu geben.

Vor dem stramm-reaktionären preußischen Abgeordnetenhaus, das für die Ausweisungen eine Hurramehrheit hat, löst sich leicht „auslären“.

Eine Velobigung für die Ausweisung niederländischer Staatsangehöriger hat der Bürgermeister in Gronau vom Regierungspräsidenten erhalten. Der königl. Landrat Freiherr v. Schorlemmer veröffentlicht folgende Verfügung des Regierungspräsidenten an den Bürgermeister in Gronau: „Die gegen Sie gerichteten Beschwerden geben mir Veranlassung, Ihnen meine Anerkennung dafür auszusprechen, daß Sie bei den Ausweisungen niederländischer Staatsangehöriger in keinem Falle von den Gesetzen und den diesbezüglichen Anordnungen abweichen und daß Sie es verstanden haben, ohne unnötige Härten die preußischen Staatsinteressen der ausländischen Einwanderung gegenüber in energetischer Weise zu wahren.“

Die Ausweisungen in Nordschleswig dauern fort. Nachdem der Maschinemeister der Druckerei des Presseblattes Heindel, Carlsson, vor einigen Wochen ausgewiesen worden ist, hat dessen Nachfolger, Maschinemeister Azen aus Apenhagen, daßselbe Schicksal erlitten. Azen ist nach dem Berliner Tageblatt aufgefordert worden, das preußische Gebiet heute zu verlassen. Der Besitzer des Heindel, der Landtagsabgeordnete Haussen, hat bereits einen Maschinemeister deutscher Staatsangehörigkeit ange stellt, da er die Ausweisung befürchtete. Zwei Dienstleute des Hofbeschaffers Andersen in Erdorf erhielten die Aufsicht, am Weihnachtstage vor dem Amts vorsteher zu erscheinen. Da beide dänische Untertanen sind, glauben sie sofort über die Grenze nach Dänemark. Der Gemeindemeister Neßhauge in Sillersup, Kreis Hadersleben, der seit 41 Jahren das Amt eines Ortsvorstehers innehatte und im Oktober wieder gewählt wurde, ist nicht bestätigt worden.

Die Kolonisation im Innern befürwortet eine Aufschrift „von geschärfter Seite“ in der Korrespondenz des Bundes der Landwirte. Deutschland gebe alle Jahre Millionen für Afrika aus und habe im eigenen Lande 3½ Mill. Hektar Doldändereien, auf denen kein gelbes Fieber, keine Malaria herrsche. „Hier brauchen wir nur unsere Hände zu rühren, und haben eine tägliche leichte Kontrolle über das, wofür wir das Geld ausgeben.“

Wie kommt Saul unter die Propheten, wie dieser verständige Politiker unter die rassigleren Beutepolitiker des Untertums? Er ist aber ein Prediger in der Wüste.

Monarchische Gesinnung. In der Deutschen Tageszeitung, dem Bündlerblatte, lesen wir:

Mit der Besitzstreue geht aber auch die monarchische Gesinnung verloren, und so werden sie (die kleinen Landwirte) den sozialistischen Lehren nach und nach zugänglicher.

Die von uns in diesen Blättern ausführlich besprochene Denkschrift über die Schutzgebiete enthielt den Bericht über Kamerun nicht. Er ist jetzt dem Reichstage zugegangen. Wir werden ihn demnächst eingehend erörtern.

Deutsche Geschäftsnicke im „Germanisations“-gebiete. Die Kölnische Volkszeitung berichtet aus dem Halbstundentele:

Eine kleine Gruppe deutscher Grundbesitzer hat ein geheimes Kartell geschlossen. Das Geschäft wird folgendermaßen gemacht. Besitzen die Mitglieder dieser Gruppe kein Rittergut in polnischer Gegend oder in der Nähe von Ansiedlungsgütern, so kaufen sie ein Gut in solchen Bezirken an; denn die Ansiedlungskommission will ja doch gern ihren Besitz „abrunden“, da „nur bei einem dichten Karren deutscher Ansiedlungsdörfer die Gefahr einer Polonisierung der neu angelegten Kolonisten vollständig ausgeschlossen ist“. zunächst bietet man also das deutsche Gut der Ansiedlungskommission zum Kauf an, und zwar zu einem hohen Preise. Obgleich die Ansiedlungskommission nicht angezeigt ist, auch deutsche Güter zu kaufen, schrekt der hohe Preis zunächst ab. Da hat man nun folgenden Trick erfunden. Der selbe deutsche Gutbesitzer, der vorher sein Gut der Ansiedlungskommission anbot, offeriert es jetzt einer polnischen Bank oder einem polnischen Rittergutsbesitzer. Zugleich liest man in den Provinzialblättern des Ostens an reicher Stelle, der deutsche Besitzer X. Y. oder Z. unterhandelt wegen Verkaufes seines Gutes mit einer polnischen Bank. Mit unheimlicher Schnelligkeit erhält dann aus den Spalten der gutgelesenen Blätter der übliche Notizschrei, schon wieder sei die Gezahl nahe, daß ein deutsches Gut in polnischen Bezirken übergehe, das Polentum reise sein Haupt lecker empor, die Polonisierung bedrohe immer mehr das Deutschland, und das Ende vom Ende — die Ansiedlungskommission faust zu einem recht anständigen Preise das deutsche Gut von dem deutschen Besitzer, um es vor dem Übergang in polnische Hände zu retten“. So häufig bieten deutsche Gutbesitzer ihre Güter, die sie natürlich vor dem Verkaufe etwas „aufrütteln“ lassen, gar nicht einmal der polnischen Bank an, sondern die Nachricht von den angeblichen Unterhandlungen erscheint nur in den Zeitungsspalten, und die Ansiedlungskommission — schnappt zu.

Hamburg, 20. Dezember. Die Bürgerschaft nahm gestern den Sonderantrag auf Bewilligung von 20 Millionen Mark für die neuen Hafenbauten an.

Glauchau im Harz, 28. Dezember. Die Frankf. Zeitung meldet: „Die hiesigen Bergleute wollen in den nächsten Tagen eine Deputation an den Kaiser entsenden, die um Erhöhung des Schichtloches und Verlegung der Lohntermine bitten soll. Da diese Wünsche bereits vom Handelsminister abschlägig bezeichnet worden sind, dürfte die Deputation schwerlich Erfolg haben.“

(Fortsetzung in der 2. Version.)

Hierzu zwei Belege.

Beilage zu Nr. 302 der Leipziger Volkszeitung, Freitag, den 30. Dezember 1898.

Was die Agrarier wünschen.

Der sächsische Landeskulturrat, der kürzlich zu seiner Sitzung zusammengetreten war, ist bekanntlich das gemeinnützige Organ für die Interessen der Landwirtschaft und als solches ebenso berechtigt wie verpflichtet, über Fragen, die in das Interesse der Landwirtschaft eingeschlagen, beim Ministerium einzutreten und ihm als sachverständige Körperschaft zu stellen. Bei der bekannten "Rolle" der Landwirtschaft werden die Verhandlungen der Agrarier erhöhten Interesse, dem Charakter des Landeskulturrats als einer Fachkommission die Regierung entspricht natürlich auch, daß diese sie durch ganze Anzahl Vertreter beschließt. Die Agrarier beschweren fortgesetzt über steuerliche Behandlung durch die Regierung, aber die Teilnahme der Regierung strafft sie mit ihren Beschwerden ab. Wie vorteilhaft sieht dieses Interesse der Regierung für die armen Agrarier ab von der Haltung, die sie Arbeitersorganisationen gegenüber einnimmt. Man hat bisher noch nicht gehört, daß die Regierung einmal einen Vertreter entsandt hätte, wenn es sich um eine Vertretung von Arbeitern handelt.

Beschwerden und Wünsche halten die Herren von der Landwirtschaft, wie sich begreifen läßt, natürlich wieder die schwere Menge. Schon der Vortrag der Regierung gab ihnen Veranlassung, ihrer Entlastung Ausdruck zu geben über die „angebliche“ Fleischsteuerung. Selbstverständlich wird eine außergewöhnliche Steuerung bestreiten und soweit eine Steuerung überhaupt anerkannt wird, sind es nicht die Agrarier, sondern andere Faktoren, die diese Steuerung bewirkt haben. Durch das gegenwärtige Gesetz über die hohen Fleischpreise sollte, führten die Herren aus, die Wiederöffnung der Grenzen für fremdes Vieh erzwingen werden. Die Wirkung einer Aufhebung der Sperrre über würde sein, daß die Verfeuchung des Viehstandes in solchem Grade um sich greifen würde, daß die deutschen Landwirte nur in beschränktem Maße Vieh für die Schlachtabfertigung liefern könnten und dadurch erst recht eine Rolle entstehen müßte. Die letzten Jahre hätten einen Rückgang der Schweinehaltung infolge der schlechten Kartoffelernte gebracht, die günstige Kartoffelernte des letzten Jahres habe aber eine Vermehrung des Schweinebestandes und damit einen Rückgang der Fleischpreise gebracht. Im übrigen aber wird die Schuld für die teureren Fleischpreise den Großhändlern beigemessen, obgleich Beweise für diese Behauptungen nicht vorhanden sind. Man schlägt die Schuld der Händler an den hohen Fleischpreisen vielmehr aus der Wahrnehmung, daß sich ein verhältnismäßig kleiner Teil von Großhändlern der Versorgung der Schlachtwiehöfe bemächtigt habe. Es sind die alten Gründe, die so alle Tage ein paar Mal durch die Thatsachen widerlegt werden, so daß es überflüssig ist, ein Wort der Verichtigung hier anzuschließen. Natürlich protestierte der Landeskulturrat dagegen, daß ein Mangel an inländischem Schlachtwieh vorhanden und dadurch eine Fleischnot eingetreten sei, und die Regierung wurde scharf gemacht, daß sie aus den Agitationen gegen die hohen Fleischpreise für sich keine Verantwortung herleite, Maßregeln zu ergreifen, durch die die inländischen Fleischpreise heruntergedrückt werden könnten. Für hohe Fleischpreise mag die Regierung sorgen, die Zuhörer werden schon die Schuld für die Fleischsteuerung auf andere abzuwälzen wissen.

Arge Verleumdungen bereiten den Herren auch die örtlichen Regulatoren über die Milchbeschafftheit. In der Regel wird ein dreiprozentiger Fettgehalt gefordert. Der Ausschuß bezeichnete es als unmöglich, bei verschiedenen Kühen trotz gleichen Futtermaterials eine gleichwertige Milch zu erzielen. Das wird so ziemlich von niemandem bestritten. Die Agrarier verbügen aber auch hier wieder unter dem Schafsteller ihre Wolfsnatur. Sie geben vor, im Interesse des kleinen Bauern zu wirken. In großen Städten ließe sich durch die Milchmischnung noch gleichmäßige Milch herstellen, aber in kleinen Städten, wo nur zwei oder eine Kuh vorhanden sei, wäre dies nicht angängig. Der kleinere Bauer werde deshalb bessere Güterqualitäten zur Füllung benötigen, wodurch er jedoch schwer belastet werde. Das Interesse für den kleinen Bauer in der Vertreterkörperschaft der Großgrundbesitzer, die ja der Landeskulturrat ist, ist sehr verdächtig. Sie können, wie sie selbst zugeben, eine Milch, die den Anforderungen entspricht, wohl liefern, aber durch die Verfeuchtung der Herstellung eines dreiprozentigen Milchgehaltes profitieren sie selbst am meisten, denn sie können ihren Futteraufwand herabsetzen. Hinter

dem Interesse für die kleinen Bauern verbirgt sich nur zu deutlich das eigene schwere Interesse. Bemerkenswert ist übrigens, in welcher Tonart die Herren ihre Kritik anbringen. Was die Regulatoren fordern, sei unter Umständen auch dem Gewissenhaftesten zu erfüllen unmöglich. Eine Gefehlgebung aber, die Unmögliches fordert, sei ungerecht und werde zum Widersinn, wenn sie die Richterfallung mit Strafe bedrohe. Etwas Unmögliches wird aber mit dem Nachweis eines dreiprozentigen Fettgehaltes nicht gefordert, das hat die agrarische Beweisführung selbst bestätigt. Von einer Ungerechtigkeit kann also nur sehr bedingt gesprochen werden. Als es sich im sächsischen Landtag um die ungerechteste aller Steuern, um die Umsatzsteuer handelt, war von dem Gerechtigkeitsstimmen der herrschenden Agrarierpartei nichts zu verstehen. Das Gesetz der Agrarier stand bei der Regierung auch Beachtung, der Regierungsvorsteher konnte die Herren mit der Erklärung beruhigen, daß die Regierung in einer materielle Prüfung der Frage eintreten werde.

Verständnis fand der Landeskulturrat bei der Regierung auch mit seinem Wunsche nach einer Abänderung der Bauordnung der Landgemeinden, wodurch das Bauen von landwirtschaftlichen Gebäuden erleichtert resp. verbilligt werden soll. Die Regierung wurde gebeten, bei Bauten auf dem Lande nicht gar zu rigorose Anforderungen zu stellen und namentlich eine leichtere Bauweise (Fachwerk) zu gestalten, denn die Landwirtschaft werde über kurz oder lang ihren Arbeitern auf dem Lande selbst Wohnung schaffen müssen und könnte sich allzu strengere Forderungen nicht auferlegen lassen. Die Regierungsvorsteher konnten auch hier im allgemeinen zustimmend antworten.

Die Beratung über den Entwurf einer Ausführungsverordnung zu dem Gesetz betreffend die Einführung einer allgemeinen Schlachtvieh- und Fleischbeschau, dem die Agrarier in der Zweiten Kammer des sächsischen Landtages nur notgedrungen ihre Zustimmung gegeben hatten, gab ihnen von neuem Gelegenheit zu verschiedenen Aussänden. Vergebens versuchten sie durch die Ausführungsverordnung das Gesetz zu durchbrechen. So wollten sie z. B. Siegen unter einem Jahre von den Schlachtabföhren befreit wissen — man merkt hier wieder das Interesse für den kleinen Mann — aber der Regierungsvorsteher konnte ihnen unter Hinweis auf das Gesetz die Erfüllung dieses Wunsches nicht zugesagen, stellte jedoch in Aussicht, daß die Regierung von der Tüchtigkeit, Erleichterungen zu treffen, Gebrauch machen werde. Auch die Gebührenordnung für die Fleischbeschauer wurde wegen ihrer Verhältnisse bemängelt, weil sie die Viehhörner würden tragen müssen. Man fand es nicht für richtig, daß die Kosten dem Besitzer auferlegt würden für eine Einrichtung, die im allgemeinen Interesse der Wohlfahrt liege. Die Herren mußten sich aber vom Regierungsvorsteher warnen lassen, mit solchen Ausführungen nicht eine weitere Erhöhung der Fleischpreise zu entlocken. Herr v. Trübbach entgegnete jedoch darauf in ehrlicher Zundermanier, daß die Gebühren nicht auf die Fleischpreise geschlagen werden könnten, sonst würde man ja gar nicht darüber reden. Ein schönes Geständnis!

Bei der Beratung einer Ausführungsverordnung zu dem Gesetz über die staatliche Schlachtviehversicherung machten die Herren den Versuch, eine Bestimmung einzuschalten, daß der Versicherungsbeitrag für Schlachtrinder, für die nach dem Gesetz eine Entschädigung nicht zu leisten ist, zurückbezahlt werde. Über auch hier mußten sich die Herren unter Hinweis auf das Gesetz bedenken lassen, daß solchen Wünschen nicht entsprochen werden könne.

Zur Sprache kam sodann das Verhältnis der Weihlaubente mit Rücksicht auf die Benutzung der Einsichtscheine als Zollquittung. Es wurde beschlossen, das Ministerium zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß die Gendruckung von Zollergütung auf geringwertige Ware unmöglich gemacht werde und zu diesem Zwecke die Weihlaubente in einer Weise hergestellt würden, die die Ausfuhr der besseren Mehl nach Maßgabe ihrer Qualität ermöglicht; endlich sollen alle exportierenden Mühlen einer strengen zollamtlichen Kontrolle unterstellt werden.

Der Glanzpunkt der Verhandlungen, bei dem die Herren ihre wahre Natur offenbaren konnten, bildete die Besprechung über die Gründung eines Arbeitsnachweises. Die Oekonomische Gesellschaft für das Königreich Sachsen wollte für seine Strebsamkeit nach einer Wiederanförmung landwirtschaftlicher Arbeiter durch Bestrafung des dolosen Kontraktbruchs die Zustimmung des Landeskulturrats und der Regierung einholen und befürwortet gleichzeitig die Errichtung eines Arbeitsnachweises. Der Landeskulturrat will aber erst abwarten, wie sich das an-

gefährigte Buchhausgeschäft und andere auf die Arbeiterfrage bezüglichen Geschehe ausnehmen werden, sprach sich aber für einen Arbeitsnachweis aus. Dabei wurde über die "Leutebot" in allen Tonarten gekämpft. Man wolle es auch nicht bestreiten zu erhöhen, so lange die Industrie in den Städten, wodurch die Arbeiter nur lieberlich würden, so hohe Löhne zahle. Und ein Agrarier meinte, es würde nicht eher anders werden, bis die Landwirte noch höhere Preise für das Vieh und das Getreide bekämen. Es ist die alte Litanei, und es lohnt nicht, näher einzugehen. Man kennt sie ja zur Genüge, unsere Agrarier!

Man sieht aus alledem, daß es die Agrarier prächtig verstehen, ihre Interessen wahrzunehmen und die Regierung dafür einzunehmen. Man muß der Regierung auch zugestehen, daß sie den Nöteleidenden das äußerste Entgegenkommen gezeigt hat, wie ja die Herren mit den Maßnahmen der Regierung in den letzten Jahren auch wohl zufrieden waren. Völlig zufrieden stellen wird die Regierung die Agrarier jedoch beim besten Willen niemals können.

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

r. Eine wichtige Entscheidung für das Krankenfassenwesen wurde vom Oberlandesgericht in Dresden getroffen. Ein Tischler Müller, der in der Gemeindekronenversicherung für Auerbach i. B. Mitglied war, erkrankte, und es wurde ihm von zwei Kassenärzten je ein Beugnis über seine Arbeitsunfähigkeit ausgestellt. Mr. arbeite nun aber trotzdem vom 28. März bis 30. April — während der Dauer der Krankheit, beg. der konstatierten Arbeitsunfähigkeit — in einer Fabrik, wenn auch nicht ganz regelmäßig. Er verdiente während dieser Zeit 78 Mark, erholte aber gleichzeitig auf Grund der ärztlichen Zeugnisse die Unterstützung aus der Kasse. In diesem Gebaren wurde das Delikt des Betrugs erblickt, und zwei Gerichtsinstanzen, Schöffens- und Landgericht, verurteilten Mr. auch deswegen. Dagegen wurde Revision eingelebt, die damit begründet war, daß Mr. weniger als sonst verdient habe, und die von den Urtzten konstatierte also thätsächlich vorliegende Arbeitsunfähigkeit den Anspruch an Krankenunterstützung an sich zweifellos begründete. Das Erheben dieser Unterstützung sei daher legal und kein Betrug und strafrechtliche Verfolgung ungültig. In solchen Fällen wie dem vorliegenden habe eine Krankenkasse durch das Gesetz das Recht, Ordnungssstrafen zu verhängen oder das betreffende Mitglied in eine Krankenanstalt zu bringen. Oberschulamvotist Scheele schloß sich diesen Gründen an und beantragte selbst Freisprechung. Das Gericht hob das angefochtene Urteil auf und erkannte auf Freisprechung unter Übernahme der Kosten auf die Staatskasse, indem es ebenfalls die geltenden Revisionsgründe als zutreffend anerkannte. Maßgebend für das Recht auf die Unterstützung sei der Begriff Erwerbsunfähigkeit. Dieser Begriff sei aber nicht gleichbedeutend mit Arbeitsunmöglichkeit, sondern sage nur, daß durch das Arbeiten der Zustand verschlimmert oder die Genesung aufgehoben wird.

Prinz Max von Sachsen sollte bekanntlich nach der Augsburger Postzeitung bei der Promotion zum Doktor der Theologie an der Universität Würzburg in glänzender Weise und mit der Note I bestanden haben. Der erwähnte Artikel lobte den Prinzen, der sich in kürzester Zeit sogar die Kenntnis der vier orientalischen Sprachen aneignete (!), über das Schellenhaus und pries naheinlich seine Vernunftigkeit, wobei natürlich auch das nötige für die katholische Wissenschaft abfiel. Nach dem Bayerischen Vaterland aber sah es mit dem Examen nicht so günstig aus, denn der Prinz bestand nicht "mit größter Auszeichnung" (Note I), sondern mit der Note II. "Es ist das," sagt das Vaterland, für einen Prinzen und einen Mann von so vornehmer Erscheinung auf die künftige Erscheinung sieht nach der Augs. Postzeitung die Würzburger theologische Fakultät bei der Notengebung sehr) nicht überraschend viel, und man könnte denken, er sei entlaufen aus dem Examen hervorgegangen, wenn er statt der erlösten ersten Note mit einer geringeren vorliegen nehmen müste." Auch war "die Arbeit von mindestens vier Bogen," die auch in protestantischen Kreisen Eindruck machen wird, durchaus noch nicht druckfertig. Urteilt man übrigens gerecht, so bedeutet die Note II auf der anderen Seite wieder recht viel bei einem Doctoranden, der nach dem Artikelschreiber in den paar Wochen seiner Vorbereitung in Würzburg noch zahlreiche Predigten,

Kleine Chronik.

Leipzig, 30. Dezember.

Neues Theater. (Die Zauberflöte von W. A. Mozart.) Die Direktion hatte diesmal eine Aufführung der Zauberflöte in ihrer ursprünglichen Form angekündigt. Darunter ist zu verstehen, daß die Oper, wie sie von Mozart ursprünglich geschrieben wurde, in zwei Akten gegeben werden und daß demnach der Vorhang nur einmal während des ganzen Stückes fallen soll. Alle die zahlreichen "Verwandlungen" aber müssen dann bei offener Scene vor sich gehen, der sogenannte Zwischenaktvorhang, der bisher bei diesen Verwandlungen an unserer Bühne eine große Störung spielt, muß ganz weglassen. Es handelt sich hierbei scheint um eine bloße Neuerlichkeit. In Wirklichkeit aber tönen die durch die Anwendung des Zwischenaktvorhangs entstehenden Pausen den einheitlichen Fluss der Handlung und zerreißen die Vorstellung unnötig in die Szenen. Ich habe unlängst an anderer Stelle darauf hingewiesen, daß sich diese offenen raschen Verwandlungen auch an unseren heutigen Bühnen relativ leicht und ohne den riesigen maschinellen Aufwand einer eigens dazu erbauten Dreibühne oder Verfestungsbühne ausführen lassen, wenn man nur das einfache Mittel in Anwendung bringt, daß auf der älteren Bühne, zur Zeit als die Zauberflöte entstand, solche Verwandlungen ermöglichte: d. h. wenn man den systematischen Wechsel von "kürzer" und "länger" Bühne genau beobachtet, auf den alle diese älteren Opern von Anfang an genauso darauf sehen müssen, daß sich zwischen zwei Scenen, die die ganze Bühnentiefe in Anspruch nahmen, jeweils eine „auf kurzer Bühne“ spielende Scene einschob, d. h. eine Scene, die nur auf dem vorderen Teil der Bühne, vor einem in der ersten oder zweiten Gasse (Kulisse) herausgelösten Prospekte (Untergrunde) spielte, während hinter diesem, gleichsam als Vorhang für die Hinterbühne dienenden Prospekte, die Dekoration für die folgende Scene gestellt werden konnte. Auch die an Verwandlungen so reiche Zauberflöte ist genau nach diesem Schema aufgebaut, so daß sich also alle Verwandlungen durch den Wechsel von kurzer und langer Scene ganz zwangsläufig bewältigen lassen. Es ist sicherlich sehr verdecklich und mit Freuden zu begrüßen, daß Herr Oberregisseur Goldberg zu diesem ursprünglichen Schema und damit zu den „offenen“ Verwandlungen zurückgekehrt ist und dadurch der Verständigung der Oper ein Ende

gemacht hat. Dadurch ist auch erfreulicherweise die Umstellung der einzelnen Stile des zweiten Finales wieder bestätigt worden und damit ein Wunsch erfüllt, dem ich auch an dieser Stelle schon seit Jahren Ausdruck gegeben hatte. Durch die offenen Verwandlungen wird aber auch Zeit gewonnen. So kann jetzt der Dialog vollständiger gesprochen werden als früher, und es ist ebenfalls anzuerkennen, daß Herr Goldberg auch im Dialog die zum Verständnis der Handlung wichtigen Stellen wieder eingefügt hat. Auch die Tageszeit ist jetzt genauer innegehalten. So ist es nur der ursprünglichen Bühnenvorschrift und der Symbolik des Stückes gemäß, von der zweiten Verwandlung des zweiten Aktes an bis zum zweiten Finale (Terzett: "Viel prangt, den Morgen zu verkünden") in allen Szenen Nacht. Die Priester singen den Chor "O Iris und Osiris" ganz folgerichtig mit Fackeln in den Händen. Herr Goldberg hat also alles gehan, was er mit den vorhandenen Mitteln bewerkstelligen konnte, um der Oper ihr ursprüngliches Gewand und damit ihren ursprünglichen Charakter wiederzugeben. Wenn wir nun bezüglich der Ausstattung der Zauberflöte noch einen Wunsch hätten, so ginge der dahin, daß die Dekorationen dieser Oper, die teilweise schon etwas verbraucht sind, erneut und bei dieser Erneuerung auf die nun wieder zur Anwendung gekommene Verwandlungsbart von vornherein Rücksicht genommen würde. In einer Einzelheit könnte vielleicht schon jetzt Wandel geschaffen werden: es wäre wünschenswert, daß die allzu abendländisch aussehenden, Laubholz dargestellenden Soffitten und Seitenkulissen in den ersten Gassen durch etwas orientalischere Vegetation ersetzt würden. Eine Bühne wie das Leipziger Stadttheater sollte ein paar tropische Vegetationsbogen besitzen; sie können in den verschiedensten Opern Verwendung finden.

Die Aufführung der Oper war im ganzen recht gut. Herr Ulrich besitzt zwar kein eigentliches Sarastro-Organ, doch singt er seine beiden Arien musikalisch sicher und ausdrucksstark. Herr Moers ist ein guter Mozartjänger; leider klang gestern sein Organ etwas verschleiert. Mit dem Text stellt er immer Witzware an, trotz des laut anklagenden Souffleurs. Herr Groß ist ein liebenswürdiger und munterer Papageno, wenn er auch an golzigem Humor unserem trefflichen Schelpen noch nicht gleichkommt. Besonders den Dialog sollte er noch freier und lustiger wiedergeben. Bei Frau Doenges (Pamina) machen sich die Folgen der Krankheit leider immer noch bemerkbar, die Töne wollen noch nicht recht sicher stehen. Ganz vorsichtig waren die beiden Terzette der Damen (Frl. Isidor, Frl. Eibenschütz und Frau Beuer) und

der Knaben (Frl. Alten, Frl. Ehofer und Frl. Osborne) und insgesamt klangen auch die schönen Ensembles vorsätzlich. Frl. Wallner war eine niedliche Papagena und sang das Duell, ein kleines Versehen abgesehen, recht hübsch. Geradezu bewundernswert sang Frau Baumann die Königin der Nacht. Diese treifliche Sängerin sollte dem jüngeren Geschlechte als Vorbild dienen. Der Jägerchor war schön vorgetragen, dagegen waren einzelne Choresäße in den beiden Finales etwas matt. — Herr Kapellmeister Vorst leitete die Oper mit Umfass und Genauigkeit. Die Vorstellung sandt bei dem das Haus füllenden Publikum vielen Beifall und bewies aufs neue die unverlässliche Popularität des Mozartischen Meisterwerks.

H. M.

Berliner Theaterbrief. Aus Berlin wird uns vom 29. Dezbr. geschrieben: Die in anderen Städten schon mehrfach aufgeführte Komödie von Oskar Blumenthal und May Bernstein, das vierjährige Lustspiel Matthias Gollinger, ist in den Weihnachtstage auch auf der Bühne unseres Lessing-Theaters erschienen. In München hieß es, das Stück wäre wohl zu berücksichtigen, der Münchener könne keinen Geschmack daran finden. Aber in Berlin lehnte man es auch ab: man mag es vielleicht als allzu milchig empfinden haben. Das Nachspiel spielt nämlich abwechselnd in München und in Berlin und versucht den Unterschied zwischen dem Münchener und dem Berliner Bier und dem Münchener und dem Berliner Volkscharakter in humoristisch-satirischer Weise zur Darstellung zu bringen.

Der Münchener Brauereibesitzer Gollinger stieß nach Berlin über, um an einer Ecke der Friedrichstraße einen Bierplatz zu eröffnen. Der Sohn des Berliner Geldmannes, von dem die Anregung und die finanziellen Fonds zu der Gründung herrühren, hat sich in Gollingers Tochterleiter verliebt und führt die hübsche Nest als seine Gattin in die Berliner Salons ein. München ist also nach Berlin verpflanzt, und aus dem Gegensatz von "Dorf und Stadt" ergeben sich eine Reihe scherhafter Szenen und Blumenthal'sche Witze. Die Stellung der "Dörfler", deren Matrosen die Interessen der großstädtischen Verwandschaft mehrfach schädigt, ist bald unhalbar geworden, und die Biederer treten den Rückzug an. Kesti fehlt allerdings, nach einem Hin und Her, verhöhnt in das Haus des Gatten zurück, aber Gollinger sei, gelobt, Berlin nie wiedersehen zu wollen.

Glücklicherweise ist das neue "Büstspiel" so albern und langweilig, daß es selbst auf den anspruchlosesten Bühnen kaum wird Posto lassen können. Die Gefahr, daß dem dramatischen Elow wieder einmal Gelegenheit geboten werden könnte, seinen ver-

Vorträge u. bgl. hier und auswärts hielt, also sich vornehmlich den Übungen der Buße und Gottseligkeit widmete... Am Ende hätte der Doktorstand, wenn er nicht von prinzlichem Geblüte gewesen wäre, da noch nicht einmal mit der Note II abschließen?!

Gegen das Denunziantengesetz. Der Amtshauptmann in Rochlitz erlässt eine amtliche Bekanntmachung gegen das Denunziantengesetz, die folgenden Wortlaut hat:

In neuerer Zeit mehren sich die Fälle, daß Angeichen und Beschwerden unter Verhöhnigung des Namens des Absenbers bez. Verfassers an die königliche Amtshauptmannschaft gerichtet werden. Aus verschiedenen Gründen möchte diesem anonymen Denunzianten-Weisen entgegengetreten werden. Zu diesem Behufe wird fortan seitens der königlichen Amtshauptmannschaft auf derartige Eingaben in der Regel überhaupt nichts versucht werden.

Rochlitz am 22. Dezember 1898.

Königliche Amtshauptmannschaft.

Dr. Sühnlich.

Das ist ein sehr vernünftiger Entschluß der Amtshauptmannschaft. Es ist aber ein trauriges Zeichen der Zeit, daß eine Behörde genötigt ist, eine solche Bekanntmachung zu erlassen. Die von unseren Patrioten so oft prahlend hervorgehobene deutsche Treue und Geduld, Mannesmut u. c. wird jetzt drastisch dadurch geschildert.

Dresden, 28. Dez. Dem alten Ackermann zu Ehren soll eine Straße gefässt werden. Doch nennt man sie nicht schlichthin "Ackermannstraße", sondern genauerhaft "Dr. Ackermann-Straße", gerade so wie es in Dresden eine "Landrichter Böhmer-Linde" steht und nicht eine Böhmer-Linde schlichthin. Das sind schwache Verdienste, an die man sich durch den Titel erinnern lassen muß, so bemerkte dazu das Meissener Amtsblatt.

Abermal sind in einer amerikanischen Spedite durch das sächsische Schauamt Erträge festgestellt worden. Es ist der schlechte in diesem Jahre vorkommene Fall.

Chemnitz, 29. Dezember. Einen Strafbefehl in der Höhe von 80 M. event. 12 Tagen Haft erhielt der Bevollmächtigte des Metallarbeiterverbandes Robert Krause zugestellt, weil er sich gegen § 2 des Vereinsgesetzes vergangen haben soll. Genosse Krause hatte zu einer Versprechung über die Zustände in der Alten Ludwigschen Fabrik die dort beschäftigten Arbeiter eingeladen, um die bei ihm, in seiner Person als Bevollmächtigter, eingelaufenen Beschwerden klarzustellen. Die Behörde erblieb in dieser harmlosen Zusammenkunft eine Versammlung, die sich mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigte. Genosse Krause wird natürlich gegen die oben genannte Strafverfügung Berufung einlegen.

Neukölln, 28. Dez. Aus dem hiesigen Arbeiterkonsumentverein, der drei Filialen hat, sind eine Anzahl Mitglieder wegen Differenzen ausgeschieden, um einen neuen Konsumentverein zu gründen. Neben dem ersten Konsumentverein besteht schon seit langem ein zweiter, dem die "gegenseitigen" Elemente angehören. Die kleine Stadt wird also in Zukunft drei Konsumentvereine haben. Das ist schon mehr Vereinsmeierei.

so. Reichenbach, 29. Dezember. Der hiesige Arbeiterverein hatte für den 1. Weihnachtsfeiertag eine Abendunterhaltung arrangiert, die aber vom Stadtkrat verboten wurde. Man half sich nun damit, daß das am Nachmittag im betreffenden Lokal abgehaltene Instrumentalkonzert bis zum Abend verlängert wurde. Dass erhielten nun der Wirt und der Musikdirektor ein Strafmandat von je 10 M. Auch eine Anzahl Vorsteigerneu, die Programme zur Abendmusik für den Wirt verkauft haben, sind schon verhört worden und befürchten eine Bestrafung.

Gemeinderatswahlen. In Hilbersdorf wählten die Unanständigen zum erstenmal in zwei Klassen. In der Klasse der Widerstandsfreien machten von 754 Wahlberechtigten nur 190 von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Von den abgegebenen Stimmen fielen 177 auf den von unserer Partei vorgeschlagenen Kandidaten. — In Guba siegte in der Klasse der Unanständigen unser Kandidat mit 60 von 88 abgegebenen Stimmen. In der Klasse der Besitzer ging uns ein Mandat, das wir bisher besessen, leider verloren. — In Höopersdorf siegten unsere Genossen in beiden Klassen bis auf einen Kandidaten in der Hausbesitzerklasse. Zwischen unserem Besitzer und seinem Gegenkandidaten mußte das Los entscheiden, das zu Gunsten des Gegners entschied. — In Burkendorf ist die Gemeinderatswahl, soweit die Klasse der Hausbesitzer, in der unsere Liste vollständig siegte, in Frage kommt, von der Amtshauptmannschaft für ungültig erklärt worden, weil der Gemeinderat die Wahlzeit von 11—2 Uhr beobachtet, während die öffentliche amtliche Bekanntmachung durch ein Versehen von 10—1 Uhr lautete.

wässernden und verschmühenden Einfluß auf den Kunstgeschmack reicher Schichten des deutschen Publikums auszuüben, ist also für jedesmal an uns vorübergegangen! J. S.

Nachricht. Das interessanteste an dem "literarischen" Erignis Mathias Gollinger ist für den, der die künstlerischen Verhältnisse in Deutschland verfolgt, daß dabei Herr Max Bernstein, der Münchener Reichsanwalt und Litteraturkritiker, ein gewaltiger Herold der Moderne, einem Schriftsteller von den literarischen Eigenschaften des Herrn Blumenthal handlangerdienste geleistet hat. Derselbe Herr, der in den Münchener Neuesten Nachrichten in vorausreisenden Litteraturbriefen z. B. für Gerhart Hauptmann eingesetzt ist, markiert nun Hand in Hand mit Oskar Blumenthal. Das ist wenigstens offen und ehrlich; wer etwa den Schwank Blau von Herrn Bernstein kennt, der weiß, das er in diesem Falle dem Juge seines Herzogs gefolgt ist. Nun ist es aber auch Schluss mit dem kritischen Vorläppertum für die Moderne. Jetzt muß auch dem Blütesten klar werden, welche Bewandtnis es mit der Bernsteinischen Litteraturkritik hat; und deshalb sei der Mut des großen, großen Kritikers Bernstein gepriesen, der seinen Namen neben den Oskar Blumenthals auf einem Theaterzettel drucken ließ. gm.

— **Theaternachrichten.** Am Sonnabend wird im Neuen Theater das Lustspiel In Behandlung gegeben. Die Vorstellung beginnt um 6 Uhr. — Im Alten Theater wird nachmittags 8 Uhr das Weihnachtsmärchen Die sieben Raben wiederholzt. Abends bleibt das alte Theater des Sylvesters halber geschlossen.

Am Sonntag wird im Neuen Theater zum erstenmal das oerakratische Schauspiel Ein Ehrenwort von Otto Erdmann aufgeführt. Es folgt die einaktige Schwantknövit von Arnold Hänsele und Max Möller Das Orakel zu Delphi. — Im Alten Theater geht nachmittags 3 Uhr das Weihnachtsmärchen Die sieben Raben, abends 7 Uhr die Oper Der Rattenfänger von Hameln in Scene. — Im Carolathéater wird die Posse Unsere Don Juan's gegeben.

— **Christoph Moritz von Egidy †.** In Potsdam ist, wie schon gestern kurz gemeldet, eine für unsere Zeit charakteristische Persönlichkeit, Oberstleutnant v. Egidy, gestorben. Egidy wurde 1847 in Mainz geboren, im Kadettencorps zu Potsdam und Berlin erzogen und erhielt 1865 das Offizierspatent. Er machte die Hebschule von 1866 und 1870/71 mit und erreichte schließlich den Rang eines Oberstleutnants. Seit 1868 stand er in sächsischem Militärdienst und zwar bei dem Königshusarenregiment Nr. 18 in Großen-

Alten Nachrichten aus dem Lande. Letzen Dienstag wurde die Schifffahrtsschule in Königstein eröffnet. Seit Errichtung der Schule im Jahre 1855 sind in 45 Kursen 498 Schüler darin unterrichtet worden. — Am Dienstag nachmittag erfolgte im Kesselschiff der Holzstoff- und Papierfabrik von Wilhelm Vogel in Lunzenau (Inh. Geh. Kommerzienrat Hermann Vogel) eine Gasexplosion, durch die das Kesselhaus selbst, sowie ein nahe gelegenes Nebengebäude und der Gasometer zerstört, andere Gebäude mehr oder minder beschädigt und etwa 2400 Fensterscheiben zerstochen wurden sind. Außerdem wurde, wie das Chemnitzer Tageblatt berichtet, ein neuer Schornstein von 50 Meter Höhe und 2 Meter lichter Weite derart beschädigt, daß sogar in etwa 80 Meter Höhe ein großes Stück Mauerwerk herausgebrochen worden ist, wie ferner einer der zur Erwärmung des Kesselpressostoffs dienender Economizer zur Explosion gebracht und ein weiter teilweise zerstört wurde. Die Ursache der Explosion ist darin zu suchen, daß Kessel und Füsse, da während der Feierlage nicht gearbeitet wurde und überdies eine erhebliche Kälte eingetreten war, ausgetrocknet waren; es machte sich dadurch eine große Anstrengung notwendig, um für die Wiederbetriebsfahrt die genügenden Dämpfe zu erzeugen. Da nun das Feuer im Kessel ungenügend brannte, so suchte es den Feuermann durch wiederholtes Nachlegen und Anschüren zu beleben; dabei entzündete die Flamme die im Kessel, im Economizer und in der Füse aufgeschweißten Gase, wodurch die Explosion hervorgerufen wurde. Der Feuermann, dem die Flamme plötzlich entgegenkam, konnte sich glücklicherweise noch retten. — Auf dem Bahnhof in Niederschlesien wurde der Hilfsweichensteller Grünert von einem von Zwickau einfahrenden Güterzug überschlagen und so schwer verletzt, daß der Tod nach kurzer Zeit eintrat.

g. Halle a. S., 29. Dezember. Wegen Preßbeleidigung wurde der Buchdruckereibesitzer und Redakteur der Graphischen Presse, Genosse Konrad Müller aus Schleußig, in heutiger Strafammeritierung zu 100 M. Geldstrafe event. 20 Tagen Haft verurteilt. Im April d. J. war in der Nummer 14 jener Zeitung ein Artikel veröffentlicht worden, der sich mit einer angeblichen Neuerung des bekannten Generaldirektors Bueck vom Verbande der Großindustriellen in Berlin, über die Stellung der Arbeiter, beschäftigte. Jene Neuerung stellte sich als unzutreffend heraus und Genosse Müller berichtete dem Gericht in seinem Blatte. Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft bat Genosse Müller den Direktor Bueck, den Strafantrag zurückzuziehen. Letzterer erklärte aber, dieses nicht thun zu können, da er "prinzipiell" gegen Zurücknahme von Strafanträgen sei. Genosse Müller hatte also gehalten, um den Bueck zu rehabilitieren, und so blieb die Bestrafung nicht aus.

Halle, 29. Dezember. Einen grauenvollen Tod bereitete eine Mutter am Dienstag hier ihrem neugeborenen Kind. Der Saalezeitung wird berichtet: Eine bei einer hiesigen Herrschaft dienende Köchin wurde vorgestern nachmittag in der Küche ihrer Herrschaft von Geburtswochen überrascht und genas eines Knaben. Aus Furcht vor Entdeckung nahm sie das lebende Kind und steckte es in den Ofen! Darauf begab sie sich, von Schwäche übermannt, nach ihrer Schlossküche. Das bald darauf die Küche betretende Dienstmädchen hörte ein Wimmern, forschte nach und fand das Kind im Ofen, zum Teil bereits verbrannt. Das Kind lebte noch, starb aber bald darauf. Die Herrschaft wurde sogleich benachrichtigt und eine Hebammeh geholt, die das weitere feststellte und die Sache zur Anzeige brachte. Die Mutter ist zunächst zu ihren hier wohnhaften Eltern geschafft worden, um dort zu gefunden.

z. Erfurt, 20. Dezember. Welch strenges Regiment die hiesige Polizei gegenüber der Bürgerschaft ausübt, zeigte heute die Stadtverordnetenversammlung. Zu allseitiger Verwunderung wurde mitgeteilt, daß im letzten Kalenderjahr 1870 M. Polizei-Strafgelder vereinommen wurden. Das ist der doppelte Betrag gegen das Jahr 1891, seit welcher Zeit die Einwohnerzahl um 8000 zugenommen hat.

Soziale Rundschau.

In Kreisfeld breite sich der Streit in den Samtweberien weiter aus. Nach dem Wolfschen Bureau haben gestern in der mechanischen Samtweberie von Heinrich Eugen Jacobs 130 Arbeiter für den 11. Januar gefündigt. Nunmehr sind fünf Samtfabriken in Milsiedenshaft gezogen.

In Mannheim streiten die Formar und Kernmacher der Firma Gebrüder Neuland.

Die erste Konferenz der Metallarbeiter Südbahners, die dieser Tage in München abgehalten wurde, erhältte sich mit der Einführung der Arbeitslosenunterstützung einverstanden und erachtet die Generalsversammlung in Halle, dem Vorstandsantrag zuzustimmen.

hain, dem Elterngesetz. 1890 wurde er verabschiedet. Kurz vorher war er als Schriftsteller hervorgetreten mit der Broschüre: Ernst Gedanken. Durch diese Schrift wurde er über Nacht ein berühmter Mann. In fünf Monaten gingen 5000 Exemplare der Broschüre in die Welt hinaus.

Es war ja auch eine eigenartliche Erscheinung, daß ein aktiver Dichter sich auf ethisch-religiöse Studien verlegte und eine religiöse Reform forderte. In einer Sprache, der man anmerkte, daß es dem Verfasser heiliger Ernst war, forderte er eine Verfestigung der spirituellen Weltanschauung und predigte ein Christentum, das jeden dogmatischen Charakter abgestreift hatte. Schrift umrisst und völlig klar waren seine Bestrebungen nie und sein Christentum war von merkwürdiger Art. Aber seine Gedanken fanden Widerhall, und dem ethischen Schwärmer, der etwas vom Geiste der Zeit spürte hatte, wenn er ihn auch nie erkannte, folgten gleichgestimmte Schwärmerseelen. Sie sammelten sich unter dem Programma, das Egidy 1892 in einem Aufrufe aufrief: „Religion nicht mehr neben unserem Leben; unser Leben selbst Religion!“ aber Religion ohne Dogma! Christentum ohne Bekenntnis!“ Theologen standen andererseits wider ihn auf, um sein unbeglaubliches Christentum zu bekämpfen. Eine ganze Egidyliteratur kam auf den Markt, und Egidy selbst ließ seiner ersten Broschüre weitere folgen, die freilich sämtlich nicht denselben Erfolg hatten, wie die erste, da inzwischen die Begeisterung sich abgeschwächt hatte. Die Anhänger Egidys schlossen sich zu Vereinen zusammen, die sich die Pflege seiner Gedanken zur Aufgabe machten. Dem gleichen Zwecke dienten auch die von Egidy herausgegebenen Zeitschriften: Einges Christentum und Versöhnung.

Im Verlaufe der Zeit fand Egidy kein Genüge mehr an der ethisch-religiösen Propaganda durch Wort und Schrift. Er wollte nun auch am politischen Leben teilnehmen. Aber nun erwies sich, daß der ehrliche Schwärmer den Aufgaben der praktischen Politik nicht gewachsen war. Vergeblich bemühte er sich um ein Reichstagsmandat, und seine politische Wirksamkeit blieb ohne bemerkenswerten Einfluß.

Egidy gehörte zu den Schwarmgeistern, wie sie jede Zeit her vorbringt, in der sich tiefgehende Umwälzungen im wirtschaftlichen wie im Geistesleben vollziehen. Er stand allein auf der Wacht, bereit mit zu thun, sobald ein Ereignis ihn erregte. So veranlaßte ihn noch in der letzten Zeit der Fall Bierlein, sich lebhaft zu engagieren. Aber all diese Regsamkeit, diese Bereitwilligkeit, mit ganzer Persönlichkeit am öffentlichen Kampfe teilzunehmen, die Opferbereitigkeit, die ihm einen großen Teil seines Vermögens kostete,

Weberstreit in Eupen. Sämtliche Weber der Siedlung, der Firma Lejeune-Vincent aus Dijon erklärten den Streit, weil einer von ihnen zwei Webstühle bedienen sollte. Die Industriellen wollen die Arbeit nicht eher wieder aufnehmen, bis ihnen von den Arbeitgebern die Nichteinführung des Webstuhlsystems zugesichert wird. Den Industriellen stehen Nutzungen von ihren Verbänden in Aussicht. Gegen das Webstuhlsystem wehren sich die Weber mit aller Entschiedenheit. Industriellen sind zum Teil im christlichen Textilarbeiterverband organisiert, der Unterstützung in Aussicht gestellt hat.

Zu Altenberg sind bei der Firma Löblein u. Kraft wegen Währungsregelungen Differenzen ausgebrochen.

G. Mühlhausen i. Els., 29. Dezember. Die Firma Wolffs Mieg u. Co. hat den Betrieb ihrer im nahen Dornach gelegenen Weberei eingestellt. 300 Arbeiter werden durch diese Währungsregel mitten im Winter aufs Pfaster geworfen. Allem Anschein nach hat die von dem Etablissement abgeworfene Rente 1 Millionen nicht genügt; denn Arbeit war genug vorhanden.

In Paris soll, nach Meldungen bürgerlicher Blätter, ein allgemeiner Aufstand der Eisenarbeiter für das Frühjahr geplant sein. Er soll im April ins Werk gesetzt werden, da die größeren Eisenbauten in den verschiedenen, jetzt begonnenen Ausstellungspalästen vorgenommen werden. Die Nachricht ist mit Vorsicht aufzunehmen.

Gemeinde-Zeitung.

Markranstädt. In der gestern stattgefundenen Stadtgemeinderatssitzung wurde zunächst die am 7. Dezember beschlossene Gehaltsstaffel für die Lehrer wieder umgeändert, und zwar sollen den Lehrern von ihrer Ständigkeit bis zum 25. Lebensjahr 1800 M. bezahlt werden. Von 25. bis zum 45. Lebensjahr soll das Gehalt alle drei Jahre um 150 M. und dann zweimal alle vier Jahre um 100 M. steigen, bis mit zurückgelegten 54. Lebensjahr das Höchstgehalt von 3000 M. erreicht ist. Diese Neuordnung wurde gegen 4 Stimmenthaltungen angenommen. Daß auch der Humor nicht fehlt, wollen wir mitteln, daß die Oeffentlichkeit während der Verhandlung über ebenen Punkt ausgeschlossen wurde und das über diese geheime Sitzung aufgenommene Protokoll am Schlus der öffentlichen Sitzung mit verlesen wurde. — Weiter wurde beschlossen, für die drei neu zu besetzenden Lehrerstellen nur solche Kandidaten zu berücksichtigen, die mindestens die 2 in puncto Wahlfähigkeit erlangt haben. Von den 60 Bewerbern bestehen 18 diese Qualifikation, so daß sie in die engere Wahl kommen. — Dem städtischen Beamten Krause wird das Gehalt um 100 M. erhöht, so daß er 1. Januar 1890 ab 1800 M. pro Jahr erhält. Der Schreiber Johannemann, der früher bei einem Reichsanwalt 300 M. erhielt, soll bis jetzt unentlohnbar arbeiten müssen. Ihm werden von Neujahr ab 200 M. pro Jahr bewilligt. Ein Einwohner, der das Schäftelellenregulat übertreten hatte (er hatte statt zwei Schäftelellen vier ohne Genehmigung des Stadtrates gehalten), war mit 8 M. bestraft worden. Diese Strafe wird ihm auf sein Gesuch hin erlassen. Der Rest der Sitzung betraf Abschreibungen.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 30. Dezember.

Achtung, Formar! In der Eisengießerei und Maschinenfabrik von O. Haase in Döbeln sind am 28. Dezember sämtliche 14 Formar seitens des Fabrikanten ausgesetzt worden. Zugang ist deshalb streng zu vermeiden.

Otto Reide, Bevollm. des Metallarbeiterverbandes.

Der Arbeitersührer für Leipzig und Umgegend (Verlag von Rich. Lipinski, An der alten Elster 2) ist jedoch in zweiter Auflage erschienen, die sich von ihrer Vorgängerin hauptsächlich durch stärkeres Papier, durch die Einfügung eines Kalendariums und einiger Notizblätter unterscheidet.

Gegen den Leipziger Veteranenverband hat das preußische Kriegsministerium eine scharfe Verfügung erlassen, weil er in seiner Agitation für einen Ehrensold an alle Kriegsteilnehmer Behörden und Beamte angegriffen und Unzufriedenheit in weite Kreise der Beteiligten getragen habe.

Der Leipziger Veteranenverband, der auch außerhalb Sachsen Mitglieder und Zweigvereine hat, wird deshalb vom preußischen Kriegsministerium in Acht und Baum erklärt. In der Verfügung heißt es:

Der aufreizende Ton des Vereinsblattes Der Veteran ist in diesem und in dem leichtverlorenen Jahre allerdings gemäßigt gewesen als früher, indessen ist die Neigung zu agitatorischen Vorgehen innerhalb des Verbandes nicht erloschen. Das Kriegsministerium erachtet daher, die Angehörigen des vorheitigen Vereins über den Verband und seine Bestrebungen aufzuklären und geeignete Anordnungen zu treffen, daß diesen Bestrebungen nach Möglichkeit

ist schließlich ohne große Wirkung geblieben, da Egidys Gedanken zu unklar und nebelhaft blieben und ihm der Sinn für praktisches politisches Wirken abging. Eine für unsere Zeit charakteristische Persönlichkeit bleibt er doch, und auch seine Gegner werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

gm. Laura Gundersen ♀. In Christiania ist am ersten Weihnachtsfeiertage die Schauspielerin Laura Gundersen gestorben, die an den Theatereigkeiten Norwegens einen hervorragenden Platz einnimmt. Sie gehörte zu den Künstlern, die in den 80er Jahren, als Björnson sein wichtigstes Werk für eine norwegische Schauspielkunst einlegte, zum erstenmal der norwegischen Sprache auf einer norwegischen Bühne Eingang verschafften. Bis dahin war das norwegische Theater völlig dänischen Schauspielertruppen überlassen, und von der Bühne herunter war nur Dänisch zu hören.

Im Januar 1880 kam die knapp 18 Jahre alte Laura Gundersen an das Christianiaer Theater und sie war die erste Künstlerin, die diesem Theater, die norwegisch sprach, Jahr für Jahr ist sie dieser Bühne treu geblieben und ist lange Zeit ihre hervorragendste Traegödin gewesen. Ihr fiel es zu, die Hauptrollen in der reich städtischen norwegischen dramatischen Literatur zu schaffen. Eine ganze Reihe mächtiger, starker Frauengestalten der historischen Dramen Ibsens und Björnsens hat sie zum erstenmal gestaltet und so dargestellt, daß sie als mustergültig in der Erinnerung blieben. Auch als das speziell moderne Drama sich in Norwegen die Bühne eroberte, stand sie unter den ersten Künstlern, die der neuen Kunst zum Siege verhalfen. Ihr Herzenswunsch blieb ihr freilich verfangen. Nichts wünschte sie sehnlicher, als einmal die Frau Alving in Ibsens Gefenstern zu spielen. Aber die norwegische Bühne bürgerlichkeit hat bis heute das gewaltige Werk von der norwegischen Nationalscene ferngehalten.

Geboren 1882 in Bergen, war Laura Gundersen seit

• gegetreten sind und die zum aktiven Heere gehörenden Personen (§ 88 des Reichsmilitärgesetzes vom 2. 5. 1874, ordnung S. 328) dem Verbande und seinen Veranstaltungen höchst ferngehalten werden. Für die Civilverwaltung sind es der zuständigen Herren Ressortminister entsprechende Anordnungen zu erwarten.

Wie kann der Verband sich auch nur unterstellen, den blinden vorherrschend zu sehen und eine eigene Meinung darüber haben, wie das „dankbare Vaterland“ seine Veteranen, die menschenmörderischen Kriegen ihre Knochen zu Markt gegeben haben, zu behandeln hat!

Die Augusserzen-Fabrikanten haben gestern hier eine Begehung abgehalten und eine Erhöhung der Preise vereinbart, angeblich, um gegen das Schlendern der Wagenhäuser in einem Artikel Front zu machen.

Vom Reichsgericht. Der Reichsangeiger veröffentlicht die Ernennung des vorliegenden Rates im preußischen Justizministerium Oberjustizrat Gloniehl zum Reichsgerichtsrat.

Invaliditäts- und Altersversicherung. In einer Invalidenrentensache war das Schiedsgericht davon ausgegangen, daß ein Lehrling, der von seinem Lehrer nur freie Wohnung und kost erhalt, kein Lohnarbeiter im Sinne des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes sei. Es hatte daher den Lehrern, der einen solchen Lehrling gehalten hat, noch zu denjenigen Betriebsunternehmern gerechnet, die nicht regelmäßig wenigstens einen Lohnarbeiter beschäftigen und mithin gemäß des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes zur Selbstversicherung berechtigt sind. Dieser Auffassung ist das Reichs-Versicherungsamt entgegengetreten. In den Gründen dieser Entscheidung wird n. a. ausgeführt, daß unter einem Lohnarbeiter jeder, der gegen Entgelte arbeitet, zu verstehen ist, mag dasselbe aus barem Gelde oder in anderer Weise zusammengesetzt sein. Es gehören mithin zu den Lohnarbeitern auch diejenigen Personen, deren Vergütung nur in freiem Unterhalt besteht.

In den Kaufmännischen Unterrichtsinstituten Zschöchitz. Windmühlenstraße 33 und Hainstraße 8, I., beginnen jetzt täglich die neuen Kurse zur Ausbildung für den Kaufmännischen Beruf. Die Kurse umfassen folgende Fächer: Schönschreiberei, Buchführung, Stenographic, Korrespondenz, Rechnen, Wechsellehre, Maschinenschreiben und Handelswissenschaft. Sämtliche Fächer werden nur im Einzelunterricht gelehrt und ist diese Lehrmethode stets vorzuziehen, weil der Unterrichtsteilnehmer seiner Fähigung und seiner ihm zu Gebote stehenden freien Zeit entsprechend, in seinem Fach allein unterrichtet wird, und dauert daher eine vollständige Ausbildung in den meisten Fällen nur einige Monate.

Der Unterricht wird von dem Leiter und bewährten Fachkräften besorgt. Die Ausbildung von Dameu liegt in den Händen einer Fachlehrerin.

Ungültige Polizeiverordnungen. Nach einer Entscheidung des preußischen Oberverwaltungsgerichts ist die Polizei nicht ermächtigt, den Schau- und Gastwirten die Beschriftigung von sittlich nicht einwandfreien Kellnerinnen zu untersagen. Da sich die Entscheidung auf § 41 der Reichsgewerbeordnung stützt, dürfte wohl auch in Sachsen die Aufsicht solcher bestehenden Polizeiverordnungen nicht lange auf sich warten lassen.

Neben die Benutzung von Hunden zum Biehen hat die Leipziger Amtshauptmannschaft jedoch ein neues Regulativ veröffentlicht. Danach dürfen mit Hunden bespannte Fuhrwerke mit Ausnahme dringender Krankentransporte nicht zum Transport von Personen benutzt werden. Der Fahrer eines Hundefuhrwerks hat während des Fahrens stets die Deichsel in der Hand, oder, wenn dies bei mehrspännigem Hundefuhrwerk nicht möglich ist, dient vor oder nebenhergehend an surger Leine zu halten. Die Führer der Hundefuhrwerke sind verpflichtet, ein Gefäß zum Tränken, eine Kälte und Röste abhaltende Unterlage für die Zughunde sowie eine ebenholze Decke zum Auflegen auf dieselben bei sich zu führen. Sie haben die Hunde rechtig mit möglichst reinem Wasser zu tränken und ihnen bei kaltem oder nassen Wetter, wenn sie länger als 10 Minuten halten, die Unterlage zum Liegen zu unterbreiten und die Decke aufzulegen. Auch ist bei längeren Halten der Hund abzufränen und so anzubinden, daß er sich bequem legen kann und der Kopf beim Liegen nicht in der Schwere hängt. Die Maulkörbe müssen so hergestellt sein, daß sie zwar das Beinen verhindern, aber das freie Atmen und das Herausstrecken der Zunge zum Abführen gestatten. Außerhalb derjenigen Seiten und Orte, für die unbedingter Maulkorbzwang besteht, brauchen Zughunde, die nicht bissig oder läßig sind, während des Biehens den Maulkorb nicht zu tragen.

Eine bessere Beleuchtung der Personenzugwagen dritter Klasse soll auf den preußischen Staatsbahnen durchgeführt werden. Es sind noch eine große Anzahl von Wagen dritter Klasse im Betrieb, in denen eine Lampe zwei Abteilen zur Beleuchtung dient. Die Lampe befindet sich gewöhnlich auf der Grenze der beiden Abteile und beleuchtet beide sehr mangelhaft. Jetzt sollen alle Wagen so eingerichtet werden, daß jedes Abteil durch eine besondere Lampe erleuchtet wird. Die notwendigen Arbeiten hierfür sollen innerhalb der nächsten drei Etatsjahre vollendet sein.

Eisenbahnbeförderung von Zweirädern. Vom 1. Januar 1899 ab ist im Verkehr der preußischen Staatsseisenbahnen die Abfertigung von unverpackten einstündigem Zweirädern, abgesehen von der bisherigen am Packwagen, auch auf Gepäckwagen dann zulässig, wenn ein Reisender mit einem Fahrtausweis für alle Fälle einen Schnellzug benutzt und sein Fahrrad mit einem diesem Schnellzug vorausfahrenden oder nachfolgenden Personenzug befördert wissen will. Die Abfertigung erfolgt bei der Gepäckabfertigungsstelle gegen Vorzeigung des Fahrtausweises und der Fahrradkarte. Die fehlende oder mangelhafte Verpackung ist vom Reisenden anzuerkennen. Bei Empfangnahme des Rades ist die Fahrradkarte vom Reisenden zurückzugeben. Eine weitere Erleichterung für den Radfahrer ist vom gleichen Zeitpunkt ab dadurch geschaffen worden, daß unverpackte einstündige Zweiräder auch als Expressgut befördert werden und zwar in Personenzügen allgemein, in Schnellzügen insoweit, als diese für den Expressverkehr freigegeben sind. Bei Aufgabe als Expressgut wird die Gepäckfracht für mindestens 20 Kilogramm und, wenn die Beförderung in gewöhnlichen Personenzügen erfolgt, mit mindestens 50 Pf. bei einer verlangten Beförderung in Schnellzügen, auch wenn sie nur streckenweise erfolgt, mit mindestens 1 Mt. erhoben. Die Fahrradkarten können einstündig auch im Vorverkauf gelöst und auf jeder preußischen Staatsbahnhofstation zur Aufgabe von Fahrrädern benutzt werden. Fahrräder, die nicht so sicher und dauerhaft verpackt sind, daß ihre Beschädigung ausgeschlossen ist, werden als unverpackt behandelt. Alle näheren Bestimmungen über die Abfertigung der Fahrräder u. s. w. sind aus der von der preußischen Staatsseisenbahnenverwaltung besonders herausgegebene Dienstanweisung für die Abfertigung und Beförderung unverpackter einstündiger Zweiräder

zu erscheinen, die von den Fahrkartenausgabes und den Gepäckabfertigungsstellen auf Verlangen kostenfrei abgegeben wird.

Hetzt nicht mit Weihnachtsbäumen! Zur jetzigen Zeit ist es angebracht, davor zu warnen, Tannenbäume in Oesen oder Kochherden zu verbrennen. Bekanntlich sind Nadelbäume sehr harzhaltig. Dieses Harz enthält Kohlenwasserstoff, der in Verbindung mit der heißen Luft starke Gase entwirkt. Durch diese Gase kann unter Umständen leicht der Ofen oder die Maschine gesprengt werden. Wenigstens sollten stets nur kleinere Teile des Baumes, nicht höhere Stücke, auf einmal verbrannt werden.

Diebstahl. Am Mittwoch abend sind aus der Wohnung einer Hebamme in der inneren Stadt von einer unbekannten Frauensperson Schmuckstücke im Werte von 190 Mk. gestohlen worden. Die Diebin ist etwa 25 Jahre alt, von mittlerer kräftiger Statur, hat dunkles Haar, gesundfarbiges Gesicht und ist bekleidet mit schwarzem Kleid, schwarzen mit Perlen besetztem Sammetkragen und schwarzem Hut mit Schleier.

Ein Einbruchsdiebstahl ist in der Nacht zum Donnerstag im Rayon des Stötteritzer Bahnhofes verübt worden. Die Diebe haben im Comptoir einer dort befindlichen Kohlenhandlung eine Fensterscheibe eingedrückt, sind durch das Fenster eingestiegen und haben sich im Innern über den Geldschrank hergemacht, den sie jedoch nicht zu öffnen vermocht haben, so daß sie mit leeren Händen wieder abgezogen sind.

Ein Feuer brach gestern früh in der Schmiede der Maschinenfabrik von Liebling & Co. in Plagwitz, Weizenfelder Straße, aus. Es zerstörte das Dach der Schmiedewerkstatt. Zur Löschung des Feuers bedurfte es längerer Thätigkeit der Feuerwehr.

Von Nah und Fern.

Über die Spieleraffaire in Berlin macht nunmehr auch das Berl. Tagebl. einige genauere Angaben. Der Club besteht seit einer ganzen Reihe von Jahren und war in „meisterten Kreisen“ bekannt. So durfte sich der bekannte drostige Büchsenschwärmer unter den Linden alljährlich, wenn die Spieler ihr damaliges Quartier, das B... Hotel verließen, den Scherz erlauben, sie nach der Höhe ihres „Anschusses“ zu fragen. Auch damals schon, als der vielgenannte Falschspieler Wolff dem Club noch nicht angehörte, gab es dort auch unter den „Aristokraten“ mehrere vom „Güld“ besonders begünstigte Herren, und das wußte man in den Kreisen der Berliner Lebewelt sehr genau, namentlich in den Amorsälen (seinem Prostitutionsmarkt), wo ein solcher aristokratischer Herr von uraltem Abel sich als Fabrikalfunkler zuweilen im Scherz produzierte und ungeheures Gaudium erregte. Ein anderer dieser Herren, der übrigens später bei der Einführung des Falschspielers Wolff in den Club seine Hand im Spiel hatte, war damals noch aktiver Gardeoffizier, er wurde jedoch bald à la suite gestellt und dann zur Reserve übergeführt, und alle seine Vermögenswerte, auch der sonst weniger geschickten Provinzregimentern wieder Anstellung im aktiven Dienst zu erhalten, blieben resultlos. Dieser Herr würde sich durch seine kolossalen Ausgaben vollständig ruinieren, trotz seiner enormen Gewinne, wenn nicht Rettung durch das „Prinzen-Zeu“ genommen wäre, das lange Zeit das Hauptgespräch in den Klubs und Kasinos Berlins und Potsdam bildete. Es gelang dem jungen Herren, Spielgenosse zweier noch jüngerer Prinzen, die als aktive Offiziere der Garde angehörten, zu werden, und diesen nahm er ganz kolossale Summen ab. Die Angelegenheit des einen Prinzen ist mehrfach in der Presse erörtert worden, die des anderen ist bisher über die engsten Kreise nicht hinausgegangen. Der „Club der Fröhlichen“ (Harmlosen) verließ später die immerhin bescherten Lokalitäten im B... Hotel und stiede in die nur für eine monatliche Miete von 1000 Mark erhelllichen Appartements des C... Hotels über. Der ehemalige Gardeoffizier und sein Intimus bildeten mit drei anderen Herren ein „Direktorium“ des Clubs, und unter dem gräßlichen Namen des einen der Mitglieder, der aber selbst auf das gräßlichste ausgebaut wurde und völlig harmlos war, gingen 500 Einladungskarten, geziert mit Grafenkrone und Initialen, an die Offiziere der Kavallerie-Regimenter, Artilleriere, Räte und andere Personen, bei denen man Interesse für den „Club der Fröhlichen“ und die „Bestrebungen“ desselben voraussehen zu dürfen glaubte. Diese Einladungen hatten einen kolossal Erfolg, wie die Resultate, die der Falschspieler Wolff sowie seine aristokratischen Genossen im „Club der Fröhlichen“ erzielten, beweisen.

Ein „hochgeboresenes“ Kind.

Auf der Rosalyn (an der Grenze von Niederösterreich und Steiermark) wurde am Weihnachtstag eine junge Touristin, die in Begleitung zweier Herren einen Weihnachtsausflug gemacht hatte, von Geburtstagen überrascht; die Touristin wurde in die Reichshäuser Hütte gebracht, wo sie eines Knäbleins genas. Die Mutter fand dem „hochgeboorenen“ Kind nun einstweilen oben auszuharren, da das Abstiegsgelände Schneefürsten ausgesetzt ist.

Eine Massenvergiftung.

In der Brigittenau, einer Vorstadt Wiens, erkannten am ersten Weihnachtsfeiertage sechs Personen unter Anzeichen, die eine Vergiftung vermuten ließen. Die eingeleitete Untersuchung ergab, daß die Erkrankten von einem Apfelstrudel gegessen hatten, den sie aus einem Wirtshaus bezogen hatten. Es ist festgestellt, daß die Köchin aus Verschulden statt des Streudesserts Ärzenkitt über den Strudel geschüttet hat. Von den Erkrankten ist bereits eine Frau gestorben. Die Schuldige ist wegen Vergehen gegen die Sicherheit des Lebens verhaftet worden.

Der Oberleutnant Mattasich-Peglevich

ist vom Agramer Garnisonsgericht zu fünf Jahren Kerker verurteilt worden. Die seinerzeitige Meldung der Neuen Freien Presse von der Verurteilung war unrichtig; das Urteil wurde erst dieser Tage gefällt. Die Verurteilung erfolgte wegen Wechselsfälschung; der Oberleutnant soll aber ausdrücklich zugegeben haben, daß er das Verbrechen „ganz allein“ begangen hätte. Der Zusammenhang mit der bekannten Affäre der Prinzessin Louise von Coburg, deren Geliebter der Oberleutnant war, ist ziemlich klar. Die Prinzessin, eine Tochter des Königs der Belgier, soll in Wien eine Schuldenlast von drei Millionen Gulden angehäuft haben; um die Schulden nicht zahlen zu müssen, ist sie von ihren Verwandten als geisteskrank erklärt und in eine Wiener Irrenanstalt gesperrt worden. In diesem Schuldenstand der Prinzessin fungierte auch eine Reihe von Wechseln der Prinzessin, die auf den Namen ihrer Schwester gesäßt waren, und es scheint, daß der kroatische Oberleutnant „gestanden“ hat, diese Wechselschulden „ganz allein“ begangen zu haben.

Wir interessieren uns sonst wirklich nicht für die Standesachen der vornehmen Welt; der vorliegende Fall bringt aber so viele merkwürdige Heimlichkeiten, daß wir ihn nicht übergehen dürfen.

Lezte Nachrichten.

Dem Rev. Dr. wird aus Manila unter dem 28. Dez. gemeldet: Die amerikanische Expedition unter dem Befehle des Generals Miller ist gestern in Ilo-Ilo eingetroffen. Nachdem die Spanier am Sonnabend infolge eines Übereinkommens mit den Aufständischen den Platz geräumt hatten, sind diese am Montag in die Stadt eingezogen und haben sofort eine städtische Verwaltungsbehörde eingesetzt und Wochen ausgestellt, um das Eigentum der Ausländer zu schützen. Es herrscht vollständige Ruhe. Fünf Einwohner sind in der Nacht wegen Plünderei erschossen worden. Ein neues Ministerium der Filipinos ist mit Rabini als Ministerpräsidenten und Minister des Auswärtigen gebildet worden.

Die Londoner Times berichten aus Philadelphia unter dem gestrigen Tage, dorthin seien aus Washington Meldungen gelangt, die besagen, daß die Regierung unangenehm davon berührt sei, daß die Spanier Ilo-Ilo den Aufständischen überlassen hätten. Die Regierung sei entschlossen, die Autorität der Amerikaner über die Philippinen aufrecht zu halten und, wenn dies nötig werden sollte, die Aufständischen mit Gewalt zu vertreiben. Wenn Ilo-Ilo den Amerikanern nicht übergeben werde, so werde es genommen werden.

Quer durch Leipzig.

Städtisches Brauhaus, am alten Johannisfriedhof, Täubchenweg. Geöffnet: Wochentags von vorm. 6—1 Uhr mittags 8—9 Uhr nachm., Sonntags von 6—12 Uhr vorm. Preis eines Bieres 10 Pf.

Historisches Museum im Gasthaus zum Napoleonstein. Ausstellung historischer Gegenstände aus der Zeit Napoleons I. und der Freiheitskriege, enthaltend über 5400 Nummern. Graffl-Museum. Museum für Volkskunde geöffnet an Sonn- und Feiertagen von 10 $\frac{1}{2}$ bis 8 Uhr. Montags geschlossen. Eintritt Sonntags, Mittwochs und Freitags frei, Dienstags, Donnerstags und Sonnabends 50 Pf., an Meßsonntagen 25 Pf.

Deutsches Buchgewerbe-Museum, Buchhändlerhaus, Portal Ecke Gerichtsberg, I. Stock, Sonntags, Dienstags, Donnerstags und Sonnabends von 10 $\frac{1}{2}$ bis 1 Uhr unentgeltlich geöffnet.

Graffl-Museum. Kunstgewerbemuseum geöffnet an Sonn- und Feiertagen von 10 $\frac{1}{2}$ —8 Uhr, an den Wochentagen von 10—8 Uhr. Montags geschlossen. Bibliothek und Zeichensaal an allen Wochentagen von 7 bis 9 Uhr abends geöffnet. Eintritt Sonntags, Mittwochs und Freitags, sowie an Wochentagen abends frei, Dienstags, Donnerstags und Sonnabends 50 Pf. Der Eintritt in den Kunstuverein beträgt für Nichtmitglieder 50 Pf.

Deutsches Kunst-Ausstellung, Markt Nr. 10, II. (Kaufhalle), geöffnet von 9 bis 5 Uhr Wochentags und Sonn- und Feiertags.

Verein für die Geschichte Leipzigs, Johannisplatz 8. Die Sammlungen sind geöffnet jeden Mittwoch und Sonntag von 11—12 Uhr. Eintrittsgeg. 20 Pf.

Neues Gewandhaus. Täglich von früh 9 Uhr bis nachmittags 3 Uhr geöffnet. Eintrittskarten zu 1 Mt. pro Person (für Vereine und auswärtige Gesellschaften bei Entnahme von mindestens 20 Gulden zu 50 Pf. pro Person) sind am Westportal zu lösen.

Kapell-Meß-Amt des Bezirk-Sommandos Leipzig am Nikolai-Kirchhof 2, I. Etage, Zimmer 1. Meldestunden Wochentags von 9 Uhr vorm. bis 1 Uhr nachm., Sonn- und Feiertags von 11 Uhr vorm. bis 12 Uhr mittags. An den hohen Festtagen sowie den Geburtstagen des Kaisers u. Königs bleibt das Meldeamt geschlossen.

I. Sanitätswache (Nikolaikirchhof), II. Sanitätswache (Peterssteinweg 17) u. III. Sanitätswache (Dresdener Str. 22, Thorhaus) des Samariter-Vereins sind Tag und Nacht geöffnet. Immerwährender ärztlicher Dienst. Fernsprech-Anschluß Amt I, Nr. 507.

Universitäts-Ainder-Klinik und Poliklinik, neues Kinder-Krankenhaus in L-Reudnitz, Blaumannstraße 1, Sprechstunde unentgeltlich jeden Wochentag 2—3 Uhr nachmittags; für Chirurgie-Praxis 3—4 Uhr. Aufnahmen in die Anstalt (gegen Verpflegungsbeträgen) zu jeder Zeit.

Poliiklin für Nervenkrank. Windmühlenweg 20, Sprechstunden Dienstags und Freitags von 1/2 bis 1 Uhr.

Homöopathische Poliklinik. Wochentags 9 $\frac{1}{2}$ —10 $\frac{1}{2}$ Uhr im homöopathischen Krankenhaus, Schönleinstraße 44.

Universitäts-Augenheilanstalt, Liebigstraße 14, Sprechstunden täglich außer Sonn- und Feiertags von 1/2 bis 1 Uhr bis 1/2 bis 1 Uhr, einzige Konfultationen nur bis 11 Uhr.

Poliiklin des Albert-Zweigvereins Leipzig (Lange Straße 25). Poliklin für Nervenkrank. Montags, Mittwochs, Freitags von 9—10 Uhr, Dienstags 9—10 Uhr vormittags für Augen- und Ohrenkrank. 11—12 Uhr vormittags für anderweitige Kranken.

Universitäts-Klinik und -Poliklinik für Hautkrankheiten. Die Poliklinik w. tägl. zw. 10 u. 12 U. vorm. im St. Jakobs-Hospit. abg.

Chirurgische Poliklinik im städt. Krankenhaus St. Jaks. Hauptbehandlungszelt täglich vormittags von 8—11 Uhr, für Verlegungen ist die Poliklinik jedoch Tag und Nacht geöffnet.

Ausstellung der städtischen Gasanstalten von Gasstrom-Arbeitslager aller Art, Kurprinzenstraße 14, Gebäude an der Markthalle, Eingang Seite Brüderstraße, täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage von 8—1 und 8—7 Uhr unentgeltlich geöffnet.

Dauernde Gewerbe-Ausstellung. In der Promenade, Reichsstadt, und vielseitige Vereinigung geworben. Erzeugnisse u. Neuerungen der versch. Art. Täglich geöffnet von 9, Sonntags von 11 Uhr.

Zoologischer Garten (Pfaffendorfer Hof), täglich geöffnet.

Schillerhaus in Görlitz, täglich geöffnet.

St. Sächs. Standes-Amt Leipzig I in Georgenstraße 1, Etage, Gang Mitterstraße Nr. 28 (umfaßt die Altstadt Leipzig).

St. Sächs. Standes-Amt Leipzig II in L-Reudnitz, Chausseestraße Nr. 17 (dasselbe umfaßt die bisherigen Vororte Reudnitz, Anger-Crottendorf, Volkmarasdorf

2. Beilage zu Nr. 302 der Leipziger Volkszeitung, Freitag, den 30. Dezember 1898.

(Fortsetzung aus dem Haupblatt.)

r. Kiel. 29. Dezember. Zwei neue Opfer des Tirpitschen Erlasses. Die im April dieses Jahres erlassene neue Arbeitsordnung der kaiserlichen Werft enthält u. a. die monströse Bestimmung, daß die Werftverwaltung es sich vorbehält, auch über das Vorleben der eingestellten Arbeiter Ermittelungen anzustellen. Über die mit diesen Ermittlungen betrauten Organe befagt die Arbeitsordnung nichts. Ob die Werftverwaltung auf die freundnachbarlichen "Wünse" der Polizeibehörde sich verläßt, oder auf die freiwilligen Dienstdienste der sogenannten nationalen Werstarbeiter, oder auf beide zusammen, bleibt unklar.

Ein Opfer dieser offiziellen Gesinnungsschulfflei ist jedenfalls der Klempner T. geworden, welcher gestern seine Kündigung erhielt — „als sozialdemokratischer Agitator“, wie es in dem die Maßregelung kundgebenden Utaß am schwarzen Brett der Werft hieß. T., der erst seit fünf Wochen auf der Werft beschäftigt war und absolut nicht wußte, wie er zu dem ehrenvollen Auf eines sozialdemokratischen Agitators gekommen sein möchte, stellte den Direktor seines Kessorts zur Rede. Von diesem wurde die Entlassung damit motiviert, daß T. Schriftführer des Sozialdemokratischen Wahlvereins sei und politische Reden halte. Beides ist unrichtig. T. hat nie, weder öffentlich, noch in Vereinen, geredet, und Schriftführer des Sozialdemokratischen Wahlvereins ist er auch nie gewesen. Wohl ist er vor Eintritt in die Werft Schriftführer des Metallarbeiterverbands gewesen, aber es ist ganz unmöglich, anzunehmen, daß ein kaiserlicher Werftdirektor die politische mit der gewerkschaftlichen Organisation, der Trägerin des gelegentlich garantierten Koalitionsrechts der Arbeiter, verwechsle. Bleibt also bloß die Annahme, daß die Maßregelung T.s das Werk einer niederrächtigen und dazu noch verlogenen Denunziation ist, wie denn Erlasse, wie der Tirpitsche, naturgemäß derartige Korruptionsercheinungen zeigten müssen.

Das zweite Opfer, das als nachträgliches Weihnachtsgeschenk die Werftverwaltung ihrem Tirpitsch bringt, ist der gleichfalls gefeuerte entlassene Schiffsbaumeister Sch. Derselbe hatte am Abend des 1. Mai in den Straßen des benachbarten Elberfeld die Marschälle gefangen, was mit der Polizei in Konflikt geraten und schließlich vor 2½ Monaten zu 15 M. Geldstrafe verurteilt worden. Davon muß nachträglich die Werftverwaltung Kenntnis erlangt haben — ungern, ob durch polizeiliche Liebenswürdigkeit oder private Denunziation — und so wurde der bereits gerichtlich Verurteilte 2½ Monate nach der Gerichtsverhandlung auch noch wirtschaftlich, und natürlich viel schwerer als von dem Richterkollegium, bestraft.

Der Sch. entlassende Beamte gab als Grund der Maßregelung an, Sch. habe den 1. Mai gesetzter Sch.s Einwand, er könne beweisen, daß er nicht etwa der Feier der Sozialdemokraten, sondern dem Metallarbeiterball, der an jenem Maikonntag stattgefunden, beigewohnt habe, half ihm nichts — die Entlassung wurde aufrecht erhalten.

So charakterisiert sich auch dieser zweite Fall nicht eben als eine gegen die politische Verhältnisse des Betroffenen, sondern als gegen die Koalitionsfreiheit der Arbeiter gerichtete Maßregel. Tirpitsch wird über die Werftverwaltung seine Freude haben.

Österreich-Ungarn.

Die Landtage.

f. s. Wien, 28. Dezember. Die Landtage sind heute wieder eröffnet worden, diese traurigsten aller Parlamente, die Schmerzens- und Sorgenkinder der österreichischen Verfassung. Die Ständeversammlungen von Wien, Prag, Brünn, Graz u. sind durch die Revolution nicht zu Volksvertretungen emporgehoben worden, sie sind im wesentlichen geblieben, was sie waren, eine Interessenvertretung des Adels, des Bürgertums, der Bauernschaft. Das centralistische Regierungssystem, das mit nur kurzen Unterbrechungen Österreich in den letzten fünfzig Jahren beherrscht, hat ihren Wirkungskreis zu Gunsten des Centralparlaments auf das möglichst eingeschränkt, ohne ihnen das Recht der Gesetzgebung vollständig nehmen zu können. So sind sie zu schwach, um als wichtige und gesunde Organe des Staatskörpers betrachtet werden zu können, aber immer noch stark genug, um in ihrem Entwicklungsbanne den ganzen Staatskörper mit Schmerzen zu erfüllen.

Das schlimmste dieser Schmerzenkinder ist bekanntlich der Landtag von Böhmen. Er hat zu Anfang dieses Jahres eine Adresse beschlossen, welche die Anerkennung des böhmischen Staatsrechtes durch die Krone verlangte. Die deutschbürgerliche Minderheit trat infolge dieses Adressbeschusses aus dem Landtage aus. Seitdem haben die Jungtschechen in Hohen und Harren fast ein ganzes Jahr verbracht, eine Erneuerung des berühmten kaiserlichen Rechtstreites vom Jahre 1871 erwartend, welches das Recht der böhmischen Länder, einen selbständigen Staat zu bilden, wenigstens theoretisch auseinander hatte. Auf diese theoretische Anerkennung kommt es jetzt den jungtschechischen Führern am meisten an, viel weniger auf die wirkliche Durchführung. Denn so sehr sich der staatsrechtliche Gedanke in den Köpfen ihrer Anhänger festgewurzelt hat, so finden sie es immer noch besser, in Wien als in Prag die ersten zu sein. Diesem decadenten jungtschechischen Neocentralismus handelt es sich nur darum, dem Volke das föderalistische Schlummerlied zu singen, um desto ruhiger an der großen Schlüssel sitzen zu können. Sie verlangten also vom Grafen Thun die Einführung eines „an das Staatrecht ansliegenden“ Siges in die „allerhöchste Botschaft“, mit deren Verleihung der Landtag eröffnet werden sollte.

Die kaiserliche Botschaft an den Prager Landtag hat indessen genau den gleichen Wortlaut gehabt, wie die an die anderen Landtage, und den jungtschechischen Abgeordneten ist damit ein dicker Strich durch ihre Rechnung gemacht worden. Der Grund dieser ablehnenden Haltung der Regierung liegt in erster Linie in der starken Antipathie, welche die Herren von Österreich, die Schlachzijen, gegen das böhmische Staatsrecht haben. Die Schlachzijen lieben ihre slawischen Brüder so sehr, sie brauchen so sehr die tschechischen Abgeordneten zur Auseinandersetzung der Opposition im Abgeordnetenhaus, die tschechischen Soldaten zur Illustrierung ihrer Bauern, daß sie sie aus der allerengsten Umklammerung gar nicht los lassen wollen.

Auf die weiteren Vorgänge innerhalb der jungtschechischen Partei darf man nun mit Recht gespannt sein. Denn wenn es auch tschechische Schulen und Spracherlässe zu Gunsten der Tschechen regnen sollte, so hat doch selbst der „Gegner der Sprachenverordnungen“ Handelsminister Dipauli, einen Gefolg zur Einführung der tschechischen inneren Amtssprache im Reichsrat herausgegeben — so werden doch die radikalen Ele-

mente der Partei von den Jungtschechen den Abtritt aus der Regierungsmehrheit mit erneutem Ungestim verlangen.

Indessen haben die deutschen Landtagsabgeordneten beschlossen, vorläufig in den böhmischen Landtag nicht wieder einzutreten. Was sie mit dieser Abstinenz bezwecken, bleibt freilich dunkel.

Die sozialdemokratische Partei hat gestern in ganz Österreich stark besuchte Versammlungen abgehalten, in denen die Erweiterung des Wahlrechts für die Landtage wie für die Gemeinden gefordert wurde. Doch wollen sich die Machthaber beklagen noch zu einem Zugeständnis herablassen, und überall befindet sich die Wahlreform noch im bekannten österreichischen „Stadium der Vorarbeiten“. Vielleicht ist es auch gut so. Denn man darf hoffen, daß diese Reform — dem Zwange der Verhältnisse folgend — besser ausfallen wird, wenn sie später kommt.

Die Krisis in Ungarn. — Bansky als Sieber.

Budapest, 29. Dezember. Die heutige Sitzung des Abgeordnetenhauses nahm wiederum einen äußerst stürmischen Verlauf. Graf Albert Apponyi erklärte sich mit den Ausführungen Horanszky über Bansky einverstanden. Bansky habe sich derartige Intrigkeiten zu schulden kommen lassen, daß die Opposition mit Recht dessen Demission fordern dürfe.

Unter furchterfüllten Lärm antwortete Baron Bansky und erklärte, für seine Verfügungen die volle Verantwortung zu übernehmen. Trotz der oppositionellen Heze werde er auf seinem Posten verbleiben und nicht dulden, daß die Minorität durch solche verwerfliche Mittel zur Geltung gelange.

Die Gemeindeverwaltung der Stadt Nagy-Berenz, deren Vertreter im Abgeordnetenhaus Albert Apponyi ist, wählte heute den Ministerpräsidenten Baron Bansky einstimmig zum „Ehrenbürgler“. Welche Posse! Das ist besiehte Arbeit.

Es gilt nunmehr als feststehend, so meldet Kirchs Tel.-Bur., daß der außergewöhnliche Zustand am 1. Januar in allen seinen Konsequenzen eintreten wird. Die Opposition ist daher zuerst erregt und gedankt nunmehr, im ganzen Lande eine Monstrekundgebung gegen den von der Regierung beabsichtigten Verfassungsbruch zu inszenieren. Im Abgeordnetenhaus will die Opposition einen Antrag auf Verzettelung der Regierung in den Ausschuszzustand einbringen. Der Abgeordnete Horanszky hat neuerdings mehrere Personen zum Duell gefordert.

Frankreich.

Von Zellig I. — Die Patriotenliga.

Paris, 29. Dezember. Präsident Faure besichtigte heute vormittag die Ecole supérieure de guerre (höhere Kriegsschule). Er wohnte verschiedenen Übungen und dem taktischen Unterricht bei und versammelte sodann Lehrer und Schüler um sich. Präsident Faure dankte ihnen im Namen des Vaterlandes für ihre Hingabe und ihre Arbeit, die zum Ziele habe, „die Armee auf die Höhe aller Hoffnungen Frankreichs zu bringen“. Seine Talui-Majestät gernahm nach berühmten Mustern fortwährend zu reden.

Der Deputierte Gasies teilte dem Präsidenten der Deputiertenkammer Döschanel seine Absicht mit, die Regierung sofort beim Wiederzusammentritte der Deputiertenkammer über den Zwischenfall Barb-Picquart zu interrogieren. Nach einer Anweisung des Justizministers Ledet schreitet jetzt der Erste Präsident des Kassationshofes, Mazeau, zu einer „halbmäthlichen“ Untersuchung des Falles Barb-Picquart.

Die Patriotenliga hielt gestern abend eine Generalversammlung mit 1000 Teilnehmern ab. Zahlreiche Redner betonten die Notwendigkeit der angesichts der Dreyfussache geschaffenen Lage, eine neue Patriotenliga zu bilden. Die Versammlung nahm die Tagesordnung an. Die Sahungen der neuen Liga wurden genehmigt, und Schröder-Doroulsde zum Präsidenten gewählt.

Großbritannien.

Sandparzellen für Tagelöhner und Arbeiter. — Vergleich zwischen dem Gesetz von 1887 und 1894. — Widerstreitige Grundbesitzer.

Z London, 28. Dezember. Die agrarische Frage steht zwar zur Zeit in England nicht mehr im Vordergrund der zu lösenden politischen Streitfragen. Das Feldgescheit: „Drei Acres und eine Einfahrt“, das Herr Joseph Chamberlain in 1884 mit so grossem Erfolg anschwore, erklärt gegenwärtig nicht mehr. Nicht weil jedes Bauerlein den verheiraten kleinen Grundbesitz hat, der groß genug wäre, um eine Einfahrt zu erlauben; aber der Urheber dieser Vertheilung, der ehemalige Räbital und Republikaner von Birmingham und sein treuer Waffenträger Jesse Collings, der den Schlachtruf seines Herren in allen Ecken und Enden des Landes erlösen ließ, sind ins konservative Lager übergegangen und essen mit vollen Bösseln aus amtlichen Schliffeln; sie haben weder Zeit noch Lust, an die Bäuerlein und ihre Einfahrt zu denken. Für die haben andere Leute sorgen müssen.

Jüngst hat eine Privatgesellschaft, die sich die Aufgabe gesetzt hat, dafür zu sorgen, daß die Bäuerlein zu den ihnen vom Gesetz zugedachten Landparzellen und kleinen Pachtgütern kommen, einen bis in die Mitte des vorigen Jahres reichenden Bericht veröffentlicht, aus dem man ersehen kann, wie diese agrarische Frage in England steht. Als die Konservativen unter Lord Salisbury mit Herrn Chamberlains Unterstützung (1886—1892) am Ruder waren, wurde 1887 ein Gesetz erlassen, das es den Landarbeitern und Tagelöhnern ermöglichte, kleine Stücke Land von den benachbarten Großgrundbesitzern zu mieten und zum eigenen Gebau zu übernehmen. Man konnte nicht erwarten, daß die agrarische Partei, die zur Macht gelangt war, sich beileiben würde, das von ihrem neuen Bundesgenossen Chamberlain wenige Jahre vorher gegebene Versprechen einzulösen, und auch Herr Chamberlain war es mit der Angelegenheit nicht mehr recht ernst. Daher glich auch das Parzellengesetz von 1887 gar sehr einem der Brocken, die von dem Tisch des reichen Herrn fallen. Die gesetzlichen Vorschriften waren mit so viel Schwierigkeiten umgeben, daß nur wenige Landarbeiter davon Gebrauch machen konnten. Wenn der Gutsherr sich weigerte, Land für seine Tagelöhner herzugeben, konnte niemand ihn dazu zwingen und die Folge davon war, daß in den sieben Jahren nach Erlassung des Gesetzes nur 2249 Acres in Parzellen unter die Landarbeiter zur Verteilung kamen.

Im Jahre 1894 waren die Liberalen am Ruder, und es wurden in allen Landesteilen Gemeinderäte und Bezirksräte geschaffen, welche für die Dörfler und Landarbeiter einzutreten und deren Interessen den Großgrundbesitzern gegenüber wahren sollten. Diese Gemeinderäte erhielten die Befugnis, wenn nötig zwangsweise gegen die Großgrundbesitzer vorzugehen, um für die Dorfbewohner oder sonstige Arbeiter Land-

parzellen zu erhalten. Wenn man den Erfolg dieses leichten Gesetzes von 1894 mit dem erbärmlichen Ergebnis der konserватiven Bill von 1887 vergleicht, so muß man den Schluss ziehen, daß es den Liberalen mit ihrem Versuch, das agrarische Problem zu lösen, ernst war, den Konservativen aber nicht. In dreithalb Jahren haben die Gemeinderäte Englands 14872 Acres als Parzellen für Dörfler und Arbeiter ausgewiesen, und dieser ganz bedeutende Grundbesitz ist unter 82662 Pächter verteilt worden. Und zwar haben sich in den meisten Fällen die Landeigentümer glücklich dazu verstanden, ihren Tagelöhnlern oder den in der Nachbarschaft wohnenden Arbeitern auf die Auflösung der Bezirksräte oder Gemeinderäte hin Land zu überlassen.

Der Bericht enthält nur Mitteilungen über gütliche Landabtretungen. Das Gesetz von 1894 enthält nun aber einen Abschnitt, der den Gemeinderäten das Recht gibt, zwangsweise gegen Grundbesitzer vorzugehen, die sich weigern, Land zur Verteilung an die Arbeiter abzutreten. In der letzten Zeit sind zwei Fälle bekannt geworden, wo dieser Zwangsparagraph zur Anwendung gebracht ist. Es ist aus diesen Fällen ersichtlich, daß die zwangsweise Erwerbung von Land für Parzellen unausführbar ist, wenn der bördige Grundbesitzer alle ihm zu Gebote stehenden Mittel anwendet, um sich gegen die Entfernung zu wehren. In Westbury waren die mit dem Land erwerb verbundenen Kosten so riesig, daß der Gemeinderat froh war, dem Grundbesitzer das Land wieder zurückzugeben und sogar einen Teil seiner Kosten zu bezahlen, denn kein Tagelöhnner konnte den Pachtzins für die Parzelle erschwingen. In einem anderen Dorf hat sich der Grundbesitzer geweigert, das Land zurückzunehmen und die mit den Kosten belastete Gemeinde bankrott gemacht. Das war in Tydd St. Mary der Fall.

Die Delagoabai.

Das Londoner Finanzblatt, die Financial News, mischen die Delagoabaifrage näher sich rasch der Lösung. Innerhalb drei oder vier Wochen werde Portugal den Vertrag unterzeichnen, demzufolge die Delagoabai an Großbritannien endgültig abgetreten werden.

Die Delagoabai ist der Schlüssel zu Transvaal.

Spanien.

Spanien, das „glückliche“ Land, ist ein Paradies der Kleriker, die am Markte der Volksmasse saugen, die sie knechten, tributpflichtig machen und verdrücken. Man zählt:

9 Erzbischöfe
46 Bischöfe
148 andere hohe Würbinträger
1239 Kanoniker
16901 Pfarrer
1924 Kapläne
5771 Vikare
28698 Benefiziaten
161 Superiores von Orden
87362 Mönche
2200 Nonnen
10774 andere Ordensangehörige
7862 Latenbrüder
20552 Nonnen
1005 weltliche Nonnen
1180 Latenschwestern
16409 Safristane
u. s. w.
159087 im ganzen.

Eine ganze schwarze Armee!

Rußland.

Die Enthüllung des Michiewicz-Denkmales, die am letzten Sonnabend in Warschau vor sich ging, verlief in ganz eigentümlicher Weise, wie wohl noch keine Denkmalsenthüllung je stattgefunden hat. Nicht bloß die Hauptstraßen Warschaus, wie die Neue Welt, die Krakauer Vorstadt und alle Straßen in der Nähe des Denkmals, sondern auch die abgelegeneren Straßen waren mit einem dichten Kordon Soldaten besetzt, die Geschäftsläden waren geschlossen. Die Soldaten und Gendarmen hatten den strengen Befehl erhalten, bei der geringsten Störung oder Unruhe scharf und ohne Bordon in die Menschenmengen zu feuern. Sämtliche Glückwunschtelegramme, die für das Denkmalstomite eintrafen, wurden vor der Enthüllung angehalten und den Komiteemitgliedern nicht ausgedehndigt. Die zahlreich von außerhalb anlangenden Kränze — es waren darüber etwa zwanzig silberne — durften am Denkmal nicht niedergelegt oder sonst an öffentlicher Stelle ausgehangt werden. Die silbernen Kränze sollen nach Krakau geschickt und im dortigen polnischen Nationalmuseum aufbewahrt werden. Die Denkmalsenthüllung dauerte, genau gerechnet, zwölf Minuten. Als die Hülle fiel, entblößte die gewaltige Menschenmenge, ohne daß eine Aufforderung ergangen wäre, wie auf Kommando das Haupt und verhartete einige Minuten im tiefsten Schweigen. Auch in den entfernteren Straßen, wo die Massen sich drängten, nahmen die Männer die Kopfbedeckung ab und die Menschenmassen standen einige Minuten regungslos in eisigem Schweigen. In dem Augenblick, wo die Denkmahlüfte entfernt wurde, erfolgte eine Demonstration, die die klugen Verbündeten doch nicht vorgesehen hatten. Aus der Menge ergoß sich ein förmlicher Blumenregen über das Denkmal, besonders waren einige Hundert Studenten zahlreiche Blumen auf die Stufen und den Sockel. Die Weiherede selbst erfolgte in — lateinischer Sprache. Das Orchester spielte die Polonaise aus dem ersten Akt der Halka, während bei Beginn des Weihaktes das Gebet aus dem vierten Akt der Halka (Oper von Moniuszo) gespielt wurde. Vor der eigentlichen Feier hatte noch ein kurzer Gottesdienst in der Kathedrale stattgefunden. Es war aber die Beleidigung streng verboten worden, irgend eine Ankündigung für diesen Gottesdienst zu bringen. Bald nachdem die Feier vorüber war, zog eine Unzahl Sozialisten ruhig am Denkmal vorüber. Die Gendarmen ließen sie unbhindert passieren.

Arbeiter! Bürger! Parteigenossen!
Seid unausgesetzt thätig für die Werbung neuer Abonnenten!

Der Ausstoss meines

ff. Bock-Bieres

hat begonnen, und empfehle dasselbe in Gebinden von 12 Liter an à Ltr. 20 Pf., in Flaschen, $\frac{3}{8}$ Ltr. Inhalt, à 10 Pf., frei ins Haus.

Fernsprecher
Nr. 5463.

Gerbersstr. 7 Schröters Kulmbacher Bierstube Gerbersstr. 7.
Empfiehlt täglich guten bürgerlichen Mittagstisch. Früh und abends reichhaltige Stamm-Auswahl, kleine Preise. Biere, hell und dunkel, aus der besuchten Brauerei A. Eberlein. [12483]

Günthers Bier- und Speisehaus, Brühl 74.
Empfiehlt kräftigen Gemüse-Mittagstisch, à portion 40 Pf.

Thüringer Dorfschmiede

Restaurant mit Saal, Kreuzstr. 14.
Empfiehlt einen kräftigen Mittagstisch mit Bier 50 Pf., sowie früh und abends Stamm. Jeden Freitag und Sonnabend ff. Tafelspaten mit Thüringer Röcken sowie Schweinsknöchen. ff. Zwenkauer Lagerbier und Bäuerlich. Um freudl. Zuspruch bittet L. Starke, Dorfschmied. Mein gemütlicher Saal eignet sich vorzüglich zu Hochzeiten, Kindstaufen und sonstigen Feierlichkeiten und Versammlungen. [9763]

Restaurant zur Linde, Lindenstr. Nr. 10.

Empfiehlt meine frdl. Lokalitäten. ff. Kräft. Mittagstisch. ff. Biere ff. sowie alle Getränke in bef. Güte. Achtungsvoll Wilh. Werchan gen. Lohmann. NB. Jeden Sonnabend Schweinsknöchen. [11202]

Kurprinzstr. Kleine Markthalle Kurprinzstr. Nr. 20

(Albin Kirschky)
empfiehlt seine Lokalitäten allen Freunden und Bekannten zur gesl. Benutzung. Gemütlicher Familienaufenthalt bei täglicher Unterhaltungsmögl. Empfiehlt meinen kräftigen Mittagstisch, sowie Stamm nach Wahl à 40 Pf. ff. Bier u. Soße. Jeden Mittwoch Thüringer Röcke. Jeden Sonnabend Schweinsknöchen.

Restaurant F. Schulze Nachf.

Karlstr. 6 (Guh.: Grenzdörfer.) Karlstr. 6.
Heute sowie jeden Sonnabend ff. Schweinsknöchen, ff. Lagerbier und Kulmbacher vom Hof. [10579]

Restaurant Kamerun, Plagwitz, Nonnenstr. Nr. 52

empfiehlt seine freundlichen Lokalitäten. Speisen und Getränke hochselbst Sonnabends Schweinsknöchen, Sonntags Spezialitäten. Hochachtend Herm. Richter.

Restaurant Saxonie L.-Plagwitz

Ede Böhmer'sche n. Schmiedestraße

Große freundliche Lokalitäten, jeden Freitag, Sonnabend und Sonntag musikalische Unterhaltung. ff. Lager von C. W. Raumann, Kulmbacher von C. Böhmer. [10969]

Kräftigen Mittagstisch.

Empfiehlt ganz besonders meine ff. Seete, Rhein-, Mosel- und Ungarweine zu billigen Preisen. Portwein, à Flasche Mf. 1.25, Glas 15 Pf. Wiener Würstchen. Spezialität: Regenbürger mit Sauerkraut. Jeden Sonnabend Schweinsknöchen, Sonntags Spezialitäten. Hochachtungsvoll

Georg Schröder.



L.-Neustadt, Hauptstraße 8b.

Berehrlichen Gewerkschaften und Vereinen empfiehlt meine freundlichen geblümigen Lokalitäten. Kräftiger Mittagstisch 40 Pf. [12457] Hochachtungsvoll Ottomar Schindler (früher Sternwartenstr.).

Feders Restaurant, Reudnitz

Feldstr. 25
empfiehlt seine geräumigen Lokalitäten. Gesellschaftszimmer, Saal, 200 Pers. fassend, für Vereine und Gewerkschaften. Hochachtungsvoll Karl Feder.

Wein

Sect Gl. 125 à bis 8.—
Cognac = 125 = 6.—
Arac = 150 = 5.—
Rum = 125 = 5.—
Punsch-Essenz = 150 = 3.—
Bischoff (Blutarme) Gl. 1.6, Wermut Gl. 1.6, Rot- u. Weisswein Gl. 50 Pf.

A. Friese, Johannisplatz 4-5

Nähe der Dresdner Straße. Verkauf nur in der Kellerei im Hof.

Max Muth vorm. L. A. Kahleyss Nachf.

Inh.: **B. Fischer**

Schützenstrasse 9

f. Punsch- u. Grog-Essenzen

Specialität: ff. Rotwein-Punsch

franz. Cognac, echten Jamaika-Rum und Arac
in Liter- und Original-Füllung zu billigen Preisen. [12618]

Arndt & Hofmann

Hanstdälder Steinweg 5

empfiehlt:

Feinste Rotwein-Punsche

$\frac{1}{2}$, Gl. v. 1.50 an, $\frac{1}{2}$, Gl. v. 0.75 an

Cognac, Arrak, Rum

hoch in Geschmack, $\frac{1}{2}$, Gl. v. 2.00 an

Diverse Tafelliqueure

in anerkannt vorzüglicher Qualität

Cigarren

in großer Auswahl „billig“

$\frac{1}{2}$, u. $\frac{1}{2}$, Riesen.

Diverse Weine.

ff. Samos

$\frac{1}{2}$, Gl. 1.25.

Malaga, Portwein

Madeira

per $\frac{1}{2}$, Gl. von 1.50 an

gelagerte

Mosel- u. Rheinweine

$\frac{1}{2}$, Gl. von 0.65 an.

Griech. Weinhandlung

Salzgässchen 7

empfiehlt

Rotwein-Punsch

à Flasche 125 und 250 Pf.

Weinstube geöffnet bis 2 Uhr nachts.

Gottlob Schob

Neuschleißig, Könneritzstr. 16

empfiehlt seine vorzüglichen Materialwaren, als: gutes Landbrot, gut geräucherte Fleischwaren,

ff. Flaschenbiere, ff. Schnäpse

u. ein reichhaltiges Cigarrenlager.

Fleisch-Preise!

Körnerstr. 44 u. Markthalle 13.

Prima Rindfleisch 60—65 Pf.

Junges Landschwein 65 "

Wölfelschweinfleisch 70—80 "

Gr. Gehacktes, halb u. halb 70 "

Halbfleisch 60 "

Rammsfleisch 65 "

ff. Wurstkett 40 "

Täglich abends frisch gef. Schinken

und russischen Salat. [10968]

und russischen Salat. [10968]

West-Fischhalle

Lindenau, Merseburger Str. 63.

Eigene Räucher- und Konservefabrik.

Tägliche Aufzehr frischer Seeſche.

Täglich frisch geräucherte Heringe.

ff. Salzheringe, Stück 5 Pf.

ff. Schnittbohnen, 2 Pf. Dose 32 Pf.

Säml. geräuch. u. marinierte Fischwaren

zu äußerst billigen Tagedpreisen.

Billigste Verzugsquelle für Wiederverkäufer.

Wiederverkäufer.

O. C. Matthes.

Tel. Nr. 5010. Tel. Nr. 5010.

Frischer Schellfisch

eingetroffen, äußerst billig

Robert Funke, 2-Lindenau

Gundorfer Straße 15.

Frische Hasenklein

3 Stück 50 Pf. [12625]

Markthallenstraße 75

Thonberg, Reichenhainer Straße 51.

Als besonders nährkräftiges tägliches

Getränk an Stelle des Kaffees empfiehlt

ich meinen anerkannt vorzüglichen

ff. Hafercacao à Pf. 1.20 Mk.

Der Preis für eine Tasse Cacao von diesem

Cacao-Pulver stellt sich auf nur 1 $\frac{1}{2}$. Pf.

Erneuer empfiehlt ich für schwächliche

Kinder u. Erwachsene meinten von ärztl.

Authoritäten mit best. Erfolge verordneten

ff. Hafercacao à Pf. 1.20 Mk.

Otto Hein vorm. A. F. Fomm

Chocoladen- u. Cacao-Handlung

Reupringstraße 1, Nähe Rosenthal.

Cigarren, Cigaretten

Rauch-, Raup- u. Schnupftabak empf.

Max Georgie, Kleinzechocher

Plagwitzer Str. 65, vis-à-vis d. Schule.

Achtung!

Beamte, Arbeiter sowie Personen

in sicherer Stellung erhalten Ihnen

und Goldwaren zu Kassapreisen

auf Teilzahlung, wenn die Hälfte

des Beitrages angezahlt wird.

L. Glänzel

Uhrenhandlg., Eisenstr. 3

dicht am Bayerischen Bahnhof.

Windmühlenstr. 47, am Bayer. Bahnhof.

Rein Laden.

Koffer-, Taschen- u. Lederwarenfabrik.

Bags fertig

Schuß- u. Reisentaschen. Portemonnaies, Cigarren-

Etuis, Brief- u. Markttaschen sowie alle seine Lederwaren

zu billigsten Preisen.

Schulranzen von 1 Mark an.

zu billigsten Preisen.